

**Kommunalwahl-
programm Freie
2024 Demokraten
Mannheim**

**Freie
Demokraten**

Mannheim **FDP**

Inhalt

Teil A 5

Liberale Politik für Mannheim

Liberale Kommunalpolitik schafft Freiheit und Zukunft	6
Toleranz und Vielfalt sind Grundpfeiler einer liberalen Gesellschaft.....	6
Liberale Sozialpolitik ermöglicht Teilhabe	7
Liberale Politik für Familien	8
Liberale schaffen Freiräume durch solides Haushalten und Schuldenabbau	8
Liberale Wirtschaftspolitik schafft Soziale Marktwirtschaft.....	10
Liberale Bildungspolitik will Chancen für alle	12
Liberale Sicherheitspolitik achtet die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger.....	15
Liberale kämpfen für eine bessere Verkehrsinfrastruktur	16
Liberale Umwelt-, Klima- und Energiepolitik schafft Lebensqualität	18

Liberale Kulturpolitik macht Mannheim attraktiv	20
Liberale stehen für eine offene Gesellschaft.....	22
Liberale Stadtentwicklungspolitik fördert Wohn- und Lebensräume.....	24
Liberale Jugendpolitik will Mannheim auch in Zukunft attraktiv machen	25

Teil B 29

Kommunalpolitisches Alphabet

Arbeitsmarkt und Fachkräfte	30
Bäder.....	31
Barrierefreiheit vorantreiben.....	32
Baugemeinschaften	33
Bildung	33
Bundesgartenschau BUGA 2023	39
Bürgerbeteiligung.....	39
Bürgerrechte	40
Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement.....	40
Denkmalschutz.....	42
Digitalisierung.....	42
Energie	43

Fachkräftemangel.....	44
Familie, Jugend und Senioren.....	44
Flussufer.....	46
Genossenschaften und Baugemeinschaften.....	46
Gesundheit.....	47
Gleichstellung.....	47
Grundsteuer.....	48
Grünflächen und Parkanlagen.....	49
Haushaltskonsolidierung.....	49
Infrastruktur.....	50
Integration.....	53
Klinikum.....	54
Kultur.....	55
Metropolregion.....	56
Mittelstandspolitik.....	56
Mobilität.....	57
ÖPNV.....	57
Radverkehr.....	57
Seniorenpolitik.....	58
Sicherheit und Katastrophenschutz.....	59
Sport.....	61
Stadt Mannheim als Arbeitgeber.....	63
Stadtentwicklung und Konversion.....	63
Tourismus.....	65
Umwelt- und Klimaschutz.....	66

Vereine.....	68
Verkehr, ÖPNV und Mobilität.....	68
Vielfalt, Toleranz und Diversität.....	72
Wirtschaft.....	73
Wissenschaft.....	74
Wohnen und Mieten.....	75

Teil C **79**

Stadtteile stärken

Almenhof.....	80	Neuhermsheim.....	93
Blumenau.....	80	Neuostheim.....	93
Feudenheim.....	80	Oststadt.....	93
Franklin.....	82	Rheinau.....	94
Friedrichsfeld.....	82	Sandhofen.....	95
Gartenstadt.....	82	Scharhof.....	95
Hochstätt.....	83	Schönau.....	95
Innenstadt.....	83	Schwetzingenstadt.....	95
Jungbusch.....	88	Seckenheim.....	96
Käfertal.....	89	Straßenheim.....	97
Lindenhof.....	90	Vogelstang.....	97
Luzenberg.....	91	Waldhof.....	97
Neckarau.....	91	Wallstadt.....	97
Neckarstadt-Ost.....	92	Wohlgelegen.....	97
Neckarstadt-West.....	92		

Teil A

**Liberales Politik
für Mannheim**

Liberale Kommunalpolitik schafft Freiheit und Zukunft

Eigenverantwortung und die Achtung der Menschenwürde sind wichtige Grundpfeiler unserer liberalen Politik.

Freiheit, Weltoffenheit und Toleranz gehören untrennbar zur Mannheimer Stadtgeschichte. Die Entwicklung der Stadt Mannheim ist seit jeher durch verschiedenste Kulturen und Nationalitäten bereichert worden.

Unverkennbar hat auch die liberale Epoche Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute in Mannheim ihre Spuren hinterlassen. Doch auch Mannheim braucht Veränderungen, um für die Herausfor-

derungen der Zukunft gerüstet zu sein. Als Liberale möchten wir in diesem Programm Antworten auf die Fragen der Zeit geben und Lösungsvorschläge unterbreiten, damit unsere Heimatstadt auch in Zukunft eine lebendige, weltoffene und wirtschaftlich erfolgreiche Stadt bleibt. Der neugewählte Oberbürgermeister eröffnet Chancen für neue Ideen und Wege. Dafür braucht Mannheim eine neue Mehrheit im Gemeinderat. Für uns Liberale stehen dabei immer die Freiheit und Eigenverantwortung vor ausufernder staatlicher Regulierung.

Wir Freie Demokraten stehen dabei für eine Politik der Mitte. Es ist unsere Grundüberzeugung, dass es eine Brandmauer gegen Rechtsextreme geben muss. Wir bekräftigen daher, dass wir es ablehnen, mit der AfD zusammenzuarbeiten. Wir Liberale lehnen jede Form von

politischem und religiösem Extremismus ab.

Toleranz und Vielfalt sind Grundpfeiler einer liberalen Gesellschaft

Mannheim ist in seiner über 400-jährigen Geschichte ein Paradebeispiel für ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, sozialer und kultureller Herkunft. Menschen aus über 170 Nationen haben in Mannheim ihre Heimat gefunden.

Wir wollen allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Selbstbestimmung heißt für uns, so leben zu können, wie man leben

möchte. Selbstbestimmung ist für uns Liberale ein hohes Gut. Emanzipation befreit von einschränkenden Regelungen und überholten gesellschaftlichen Vorstellungen. Für uns Liberale ist dabei wichtig, dass alle unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder sexuellen Identität die Lebensentwürfe der anderen respektieren. Wir Liberale unterstützen daher die Ansätze im Mannheimer Aktionsbündnis für Toleranz und Vielfalt sowie den Einsatz für die sinnvolle Umsetzung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Die tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen ist ein erklärtes Ziel liberaler Politik. Wir wollen bestehende Benachteiligungen abbauen und Chancengerechtigkeit ermöglichen. Kindern und Jugendlichen muss Mannheim genauso Heimat und Raum geben wie Seniorinnen und Senioren. Familien und

Alleinerziehende mit Kindern, Singles und gleichgeschlechtliche Paare müssen sich in Mannheim wohlfühlen können und sind feste Bestandteile unserer Idee der offenen und freien Bürgergesellschaft.

Liberale Sozialpolitik ermöglicht Teilhabe

Eine freie Gesellschaft bedingt die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Diese zu fördern ist Basis liberaler Sozialpolitik. Denn nur, wer über eine ausreichende materielle Grundlage und Bildung verfügt, kann selbstbestimmt am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben seiner Stadt teilnehmen und dieses aktiv mitgestalten.

Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass Sozialleistungen möglichst zielgenau die Menschen erreichen, die Unterstützung benötigen. Sie sollen unbürokratisch und effizient gestaltet sein.

Doch zu einer erfolgreichen und zukunftsorientierten, kommunalen Sozialpolitik gehört weit mehr: So fordern wir eine konsequente Vorbereitung auf und Integration in den ersten Arbeitsmarkt statt einer ständigen Ausweitung der kommunalen Beschäftigungsförderung. Wesentlich sind wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze in unserer Stadt und Region sichern.

Das Ziel einer barrierefreien Stadt ist eine Daueraufgabe, die nicht nur die bauliche Barrierefreiheit umfasst, sondern auch den barrierefreien Zugang zu Information. Die uneingeschränkt-

te Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben ist ein Menschenrecht. Vor dem Hintergrund unserer immer älter werdenden Gesellschaft wird diese Aufgabe immer wichtiger. Mannheim ist lebenswert und muss es für alle sein.

Liberale Politik für Familien

Die wichtigste und grundlegende Lebensgemeinschaft ist die Familie als generationenübergreifende Verantwortungsgemeinschaft. Familie ist der Ort, an dem Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Sie ist nicht auf die Ehe beschränkt. Wir schreiben den Menschen die Form ihres Zusammenlebens nicht vor. Die Vielfalt der Lebensentwürfe ist Fundament unserer liberalen Gesellschaft.

Damit alle ein Leben nach eigenen Vorstellungen führen können, ist es für die Freien Demokraten entscheidend, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet ist. Deswegen setzt sich die FDP in Mannheim seit langem für den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersklassen und für offene Ganztagschulen ein. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist längst zum Standortfaktor im kommunalen Wettbewerb geworden. Wir wollen, dass Mannheim für junge Familien eine attraktive, familienfreundliche Stadt ist.

Liberale schaffen Freiräume durch solides Haushalten und Schuldenabbau

Die Stadt Mannheim lebt seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung Baden-Württembergs. Das ist für uns Liberale nicht akzeptabel. Wir fordern solides Haushalten, Einhalten des Neuverschuldungsverbots und Abbau von Schulden, damit auch kommenden Generationen noch Handlungsspielräume bleiben. Generationengerechtigkeit ist uns wichtig. Selbst in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen wurde der Haushalt nicht konsolidiert, sondern Mehreinnahmen jeweils mit noch höheren Ausgaben beantwortet. Das

engt den Handlungsspielraum in wirtschaftlich schlechteren Zeiten massiv ein. Auch in den zurückliegenden Krisenjahren (Corona-, Ukraine-, Energiekrise) hat der ehemalige Oberbürgermeister Kurz keine Konsequenzen gezogen und keine Ausgaben reduziert oder Prioritäten gesetzt, sondern sich für ein „Weiter so“ entschieden. Das fällt uns heute auf die Füße. Die finanzielle Bilanz seiner 16-jährigen Amtszeit ist verheerend:

Der städtische Haushalt hält seit mehreren Jahren die gesetzlichen Vorgaben zur Mindestliquidität nicht ein, und dies, obwohl ein Großteil der neuen Schulden in die Tochtergesellschaften und Eigenbetriebe verschoben wurde, im Haushalt nicht mehr eingerechnet wird und der demokratischen Kontrolle des Gemeinderats weitgehend entzogen ist. Das

lehnen wir ab und fordern mehr Haushaltstransparenz statt Schattenhaushalten und eine konsolidierte Bilanz des Gesamtkonzerns Stadt Mannheim. Viele laufende Projekte sind nicht voll ausfinanziert, und für Kernaufgaben der Daseinsvorsorge wie eine intakte, moderne Infrastruktur fehlt das Geld. Für bekannte Risiken in dreistelliger Millionenhöhe (z.B. das Klinikum, marode Brücken oder die Zinsentwicklung) sind keinerlei Rückstellungen gebildet.

Höchste Zeit gegenzusteuern. Wir fordern, umgehend zu einem soliden Haushalten zurückzukehren und klare Prioritäten zu setzen bei der Daseinsfürsorge und bei Investitionen in Bildung, moderne Infrastruktur, Digitalisierung, Klimaschutz und Kultur. Es muss gleichzeitig konsequent geprüft werden, auf welche noch nicht begonnenen Projekte wir in

diesen Zeiten knapper Kassen verzichten können, welche wir zeitlich verschieben können und bei welchen Projekten Kosten reduziert werden können. An welchen Stellen können Strukturen verschlankt und durch Digitalisierung Aufgaben weniger personalintensiv gut gelöst werden? Kosten bei städtischen Bauprojekten müssen vorab besser ermittelt und während des Baus fortlaufend kontrolliert werden. Regelmäßig ausufernde Baukosten sind nicht länger hinnehmbar.

Wir schätzen die gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt. Diese müssen effizient und zu guten Arbeitsbedingungen eingesetzt werden. Personalkosten sind nach den Sozialkosten die größte Ausgabenposition. Um diese zu begrenzen, ohne Qualität der Verwaltung oder Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, fordern wir, dringend zu prüfen,

Teil A – Liberale Wirtschaftspolitik schafft Soziale Marktwirtschaft

welche Aufgaben entfallen oder im Umfang reduziert werden können und wo schlankere oder digitale Strukturen den ständigen Personalaufwuchs eindämmen können.

Dennoch ist uns bewusst, dass dies in vielen Bereichen der Pflichtaufgaben nicht möglich ist. Zusätzlichen Personalbedarf sehen wir z.B. im Bereich der Kinderbetreuung und bei der Feuerwehr (Brandschutzbedarfsplan). Diese zusätzlichen Personalstellen begrüßen wir ausdrücklich. Dagegen lehnen wir hochbezahlte Beraterstellen für die Verwaltungsspitze, die sich immer neue Aufgabenbereiche suchen und die Verwaltung unnötig aufblähen, ab.

Wir fordern eine Obergrenze der Personalkosten von maximal 25% der Gesamtausgaben der Stadt (Personalaufwandsquote). Genauso lehnen wir weiterhin das – selbst vom ehemaligen

Oberbürgermeister Kurz für unnötig befundene – fünfte Dezernat ab. Wir wollen eine möglichst schlanke und effiziente Stadtverwaltung und setzen freiwerdende Mittel lieber für die Reduzierung der Schulden und für Investitionen in die Zukunft ein.

Liberale Wirtschaftspolitik schafft Soziale Marktwirtschaft

Sowohl die Großunternehmen als auch viele kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sind auf ihren Heimatmärkten wachsender internationaler Konkurrenz ausgesetzt und müssen mit großen Anstrengungen ihre Absatzmärkte im Ausland verteidigen und neue Exportmärkte erschließen. Ihr

Erfolg und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze in Mannheim hängen letztlich auch von den politischen Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene ab.

Mannheim hat mit Abstand die höchsten Gewerbesteuerhebesätze der Region. Das schadet massiv dem Wirtschaftsstandort Mannheim. Die Folgen daraus sind Investitionsverlagerungen, Standortschließungen, fehlende Neuansiedlungen und damit letztlich der Verlust von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen. Die Freien Demokraten lehnen neue Steuern ab und wollen Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze senken, um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Mannheim zu erhöhen.

Wir stehen zum Industriestandort Mannheim genauso wie zur für Mannheim bedeutenden Innenstadtwirtschaft. Der zentrale Faktor ist die Erreichbarkeit

Mannheims, egal ob Gewerbegebiete oder Innenstadt.

Vor allem die mittelständischen Unternehmen, insbesondere Einzelhandel, Gaststättengewerbe, Handwerk und Kleingewerbe werden zudem auch überproportional stark von Bürokratie und Überregulierung belastet. Schaffen wir ihnen den Freiraum, die Herausforderungen der Zukunft, insbesondere der Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft, angehen zu können. Wir wollen dafür insbesondere Genehmigungsverfahren (z.B. für klimafreundliche Investitionen) beschleunigen und Bürokratie abbauen. Besonders drastisch ist es bei den Baugenehmigungen der Stadt Mannheim, die über ein Jahr dauern können.

Dass Mannheim für Gründerinnen und Gründer attraktiv bleibt, ist die Grundlage für künftige, innovative Unterneh-

men und Arbeitsplätze in der Stadt.

Nach erfolgter Konversion werden in Zukunft nicht mehr ausreichend neue Industrie- und Gewerbeflächen zur Verfügung stehen. Wir müssen Wege finden, den Zielkonflikt zwischen zusätzlichen Arbeitsplätzen und dem Wunsch nach reduziertem Flächenverbrauch in Einklang zu bringen.

Ausdruck und gleichzeitig ein nicht zu unterschätzender Teil der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Mannheim ist die steigende wirtschaftliche Bedeutung von Unternehmerinnen und Unternehmern mit ausländischen Wurzeln mit wachsendem Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen – eine Erfolgsgeschichte gelungener Integration.

Die beste Wirtschaftsförderung kann jedoch gute wirtschaft-

liche Rahmenbedingungen in der Gemeinde nicht ersetzen: wettbewerbsfähige Abgaben- und Steuerbelastung, geringe Bürokratie, gute Infrastruktur, gute Bildungsinfrastruktur mit hoher Bildungsqualität sowie ein gutes Wohnangebot und hohe Lebensqualität.

Wir freuen uns über die positive Entwicklung des Tourismusstandorts Mannheim. Das Kongresszentrum Rosengarten, die neue Kunsthalle, die Bundesgartenschau, die immer attraktiver werdenden Ausstellungen gerade in den Reiss-Engelhorn-Museen, die breite Palette an kulturellem Angebot der freien Szene, Sportereignisse auf hohem Niveau oder etwa der Ausbau der Flussschifffahrt beeinflussen den Tourismus und damit auch die Übernachtungszahlen in Mannheim. Doch der Tourismusstandort Mannheim hat noch mehr Potential.

Liberale Bildungspolitik will Chancen für alle

Der frühe Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Kinder aus und ist ein zentraler Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Es ist für uns sehr wichtig, dass die zur Einschulung vorausgesetzten Kenntnisse und Fähigkeiten in den Betreuungseinrichtungen in der Breite vermittelt werden. Schlüsselqualifikationen sind hier unbestreitbar die Sprachkompetenz und die Sozialkompetenz. Die Investitionen in den Bereichen Kinder und Bildung sind gut angelegtes Geld und sichern die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

Die Anstrengungen der Verwaltung bei der Gewinnung von Fachkräften in der Klein- und Schulkindbetreuung unterstützen wir. Die Anerkennung der Leistung von Erzieherinnen und Erziehern ist für uns eine wesentliche Voraussetzung dafür. Ebenso sind die

Bemühungen der Stadt zu unterstützen, zunehmend offene Ganztagsangebots auszubauen, um der hohen Nachfrage nach Hortplätzen bzw. verlässlichen Angeboten der Grundschulen gerecht zu werden.

Neben den städtischen Tagesbetreuungseinrichtungen und denen der Freien Träger ergänzen zunehmend auch private Anbieter das Angebot an Tagesbetreuungsplätzen sowie an Schulkindbetreuung in Mannheim. Die FDP Mannheim begrüßt das verstärkte Angebot verschiedener Anbieter in der

Kinderbetreuung ausdrücklich. Denn derzeit sind es vor allem die privaten Anbieter und Freien Träger, die flexible Betreuungszeiten – z.B. bis 19 Uhr oder als 24-Stunden-Kita und „Spontanbetreuung“ für Notfälle – anbieten. Damit stellen diese Einrichtungen eine wichtige Ergänzung der bisherigen Angebote im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar. Wir fordern die Verwaltung deswegen auf, zukünftige Anträge auf Einrichtung privater Tagesbetreuungsgruppen schneller und unbürokratischer zu bearbeiten als bisher. Darüber hinaus streben wir an, dass auch die kommunalen Einrichtungen zuverlässig ihr von den Betreuungszeiten her versprochenes Angebot erbringen und sogar noch ausweiten, sowohl zeitlich, als auch inhaltlich und quantitativ, was für uns Freie Demokraten höhere Priorität hat als kostenfreie Regelbetreuung.

Aktuell fehlen in Mannheim viele Betreuungsplätze. Wir fordern deshalb eine hohe Priorisierung des Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtungen. Der Erhalt und die Steigerung der Qualität der frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsangebote – ob kommunal oder in freier Trägerschaft – ist für uns Liberale weiterhin ein wichtiges Anliegen.

Auf kommunaler Ebene ist es unser erklärtes Ziel, die Schulautonomie zu stärken und Bildungsvielfalt zu erhalten. Auch und gerade bei der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Handicap ist es uns wichtig, die Wahlfreiheit der Eltern zu erhalten. Für uns ist das Wohl des Kindes maßgeblich. Daher sind für uns die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) auch weiterhin ein wichtiger Baustein in der Bildungslandschaft. Die hohe Quote an

Schülerinnen und Schülern in Mannheim, die ihre Schule ohne Abschluss verlassen, kann nicht weiter hingenommen werden. Die Anstrengungen dafür, jungen Menschen ein freies und selbstbestimmtes Leben durch Bildung zu ermöglichen, müssen intensiviert und auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert werden.

Schulen sind nicht nur Bildungseinrichtungen, sondern haben eine hohe soziale Integrationsfunktion in ihrem Stadtteil. Durch die landespolitischen Rahmenbedingungen sehen sich Realschulen und Gymnasien mit steigenden Schülerzahlen und einer zunehmend heterogen zusammengesetzten Schülerschaft konfrontiert. Die FDP Mannheim setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, Realschulen und Gymnasien als eigenständige Schularten mit ihrem jeweiligen differenzierten

Lehrauftrag zu erhalten. Ein undifferenziertes Zwei-Säulenmodell lehnen wir entschieden ab.

Die Gemeinschaftsschule kann eine Ergänzung der kommunalen Bildungslandschaft sein, deren Ausbau darf aber nicht zu Lasten der anderen Schularten gehen. In Mannheim sehen wir keinen Bedarf, weitere Oberstufen an Gemeinschaftsschulen einzurichten, da diese eine privilegierte Konkurrenz zu den etablierten Angeboten an beruflichen Schulen darstellen würden.

Für die langfristige Schulentwicklung wollen wir eine weitere Gesamtschule im Mannheimer Süden aufbauen und etablieren.

Für die Umsetzung besonderer pädagogischer Konzepte und eine gute Lernumgebung sind intakte Schulgebäude und ausreichend Freiflächen unabdingbare Voraussetzungen.

Teil A – Liberale Bildungspolitik will Chancen für alle

Daher setzen wir uns mit Vehemenz dafür ein, die Sanierung von Mannheimer Schulen mit hoher Priorität fortzuführen. Das Instandhaltungskonzept in Kooperation mit der Bau- und Betriebsservice GmbH soll innerhalb der nächsten fünf Jahre evaluiert werden. In diesem Zusammenhang erinnert die FDP immer wieder daran, dass die Sanierung von Schulen eine kommunale Pflichtaufgabe ist. Inakzeptabel ist die Vernachlässigung der Berufsschulen. Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit der Industrie- und Handwerkskammer schnellstmöglich Abhilfe zu schaffen. In Zeiten rasanter technologischer Entwicklung muss die Ausbildung an modernsten Maschinen und Geräten auf dem neuesten Stand der Technik erfolgen, damit die betriebliche Ausbildung attraktiv bleibt und die Jugendlichen optimal auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden.

Die Beruflichen Gymnasien runden die Bildungslandschaft ab. Ihnen kommt eine hohe Bedeutung bei der Realisierung des städtischen Zieles „Bildungsgerechtigkeit erhöhen“ zu. Sie leisten damit auch einen Beitrag zur Bildungsvielfalt und zur Wahlfreiheit in unserer Stadt.

Die Stadtbibliothek ist eine unserer großen Bildungs- und Kultureinrichtungen mit hoher Nutzerfrequenz. Wir begrüßen den geplanten zeitgemäßen Neubau der Stadtbibliothek in der Innenstadt, damit die Stadtbibliothek für alle Bevölkerungsschichten gut erreichbar und niederschwellig zugänglich bleibt. Neben der räumlichen Verbesserung werden wir uns weiterhin für eine innovative und pädagogisch sowie medientechnisch zeitgemäße Ausstattung einsetzen.

Für die FDP Mannheim sind Angebote im Bereich der

Erwachsenenbildung, insbesondere die breitgefächerten und hochqualitativen Kursangebote der Abendakademie, ein wesentlicher Baustein, um der wachsenden Bedeutung in diesem Bereich durch den demographischen Wandel, Einwanderungsgesellschaft und die Digitalisierung Rechnung zu tragen. Für uns ist lebenslanges Lernen echtes Empowerment für Erwachsene. Wir wollen alle Menschen – egal welchen Alters – befähigen, immer wieder neu einzusteigen.

Die Universität und die Hochschulen sind ein wichtiger Impulsgeber für die Stadt. Sie in ihren Angeboten und Entwicklungsmöglichkeiten zu stärken, ist unser Ziel. Deshalb unterstützen wir die Neubaupläne der Universität im Friedrichspark. Genauso unterstützen wir die Mobilitätskooperation zwischen Universität und VRN zum Wohl der Studierenden.

Liberale Sicherheitspolitik achtet die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger

Sicherheit und Freiheit sind eng miteinander verbunden. Eine Stadtgesellschaft braucht Freiheit und Sicherheit. Für uns Liberale haben die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger den gleichen Stellenwert wie der Anspruch auf Schutz vor Kriminalität. Dabei müssen alle Maßnahmen der inneren Sicherheit in einem Abwägungsprozess zwischen dem Eingriff in die Freiheit und dem Nutzen für die objektive Sicherheit betrachtet werden.

Staatliche Überwachungsmaßnahmen wie Videokameras im öffentlichen Straßenraum oder

in öffentlichen Gebäuden sind für uns ein schwerer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Eine Ausweitung automatisierter Videoüberwachung über die bestehenden Flächen hinaus lehnen wir daher ab. Wir setzen uns stattdessen dafür ein, dass die Polizei ihre Präsenz in allen Stadtteilen verstärkt. Darüber hinaus halten wir am Konzept der Polizei der Sicherheitscontainer an Brennpunkten fest, um die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und weiter zu stärken.

Für die Sicherheit ist die Polizei zuständig, daher muss das Land auch für eine entsprechende personelle und materielle Ausstattung unserer Mannheimer Polizei sorgen.

Notwendig ist es, dass neben den strafrechtlichen Tatbeständen und der Anzahl der Verkehrsdelikte endlich auch die Anzahl der „Ordnungsstörun-

gen“ in die Berechnung der Personalausstattung pro Kommune mit einbezogen wird. Damit ließe sich gegenüber dem Land ein deutlich höherer Personalbedarf bei der Polizei rechtfertigen. Die ständige Ausweitung des städtisch finanzierten besonderen Ordnungsdienstes (BOD) lehnen wir dagegen ab, denn der BOD übernimmt jetzt schon zu viele Aufgaben der Polizei und damit Aufgaben des Landes Baden-Württemberg.

Das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger und damit das Sicherheitsgefühl und Wohlbefinden kann durch die Zurückdrängung von Angsträumen gestärkt werden. Mehr Licht in dunklen Unterführungen oder bessere Beleuchtung dunkler Wege geben den Menschen Sicherheit im öffentlichen Raum zurück, die heute an einigen Stellen im Stadtgebiet fehlt. Dies gilt insbesondere

Teil A – Liberale kämpfen für eine bessere Verkehrsinfra- struktur

auch für die LGBTQ-Community, die sich in Mannheim nach der Umfrage „Sicher out“ immer noch zu wenig traut, sich in der Öffentlichkeit offen zu ihrer Persönlichkeit zu bekennen. Genau so sollte die Stadt Kampagnen zur Sensibilisierung für das Problem der verbalen sexuellen Belästigung („Catcalling“) zulassen. Diese Angsträume müssen wir wirksam abbauen!

Die Priorität der FDP beim Thema Sicherheitspolitik in der Stadt liegt eindeutig bei der Feuerwehr, den Rettungsdiensten und dem Katastrophenschutz! Denn dort hat die Stadt Mannheim direkten Einfluss auf die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger Mannheims. Nur wenn sich ausreichend Bürgerinnen und Bürger zum ehrenamtlichen Einsatzdienst bei den freiwilligen Rettungskräften bekennen, kann die Sicherheit in unserer Stadt gewährleistet

werden. Die ehrenamtlichen Kräfte der Mannheimer freiwilligen Rettungskräfte setzen sich unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens für unser aller Sicherheit ein. Das Ehrenamt bei den freiwilligen Rettungskräften verdient höchste Anerkennung und Respekt.

Liberale kämpfen für eine bessere Verkehrsinfra- struktur

Die stark exportorientierte Mannheimer Wirtschaft ist auf eine leistungsfähige und optimal vernetzte Verkehrsinfrastruktur angewiesen, um bestehende Arbeitsplätze in Mannheim zu sichern und neue zu schaffen. Unsere Brücken, Straßen, Schienen, Flugverbindungen und Wasserwege sind

die Lebensadern der Industrie- und Handelsstadt Mannheim im Herzen der Metropolregion Rhein-Neckar. Kilometerlange Staus, Abgaswolken, überfüllte Busse und Bahnen sind Ausdruck steigender Mobilität der Menschen, aber auch Folge von unterbliebenem Unterhalt und Ausbau moderner Verkehrsinfrastruktur in der Region. Gehen wir endlich eine vorausschauende gemeinsame Verkehrsplanung an, weg vom Kirchturmdenken. Der Bau einer 3. Rheinquerung bleibt dringend notwendig, um Staus abzubauen. Der Bau der schon lange diskutierten Westtangente (Verbindung von der A6 über die Friesenheimer Insel bis zur Kurt-Schumacher-Brücke) würde endlich die Stadtfahrt komplettieren, so dass LKW- und PKW-Durchgangsverkehr aus der Stadt ferngehalten wird – für uns einer der wesentlichen Faktoren, um die Lärmbelastung

tung und die Luftverschmutzung für die Bewohner der Innenstadt deutlich zu senken. Digitale Verkehrs- und Parkplatzleitsysteme verbessern den Verkehrsfluss. Ein vernetztes Angebot aller Verkehrsträger (z.B. Park+Ride-Parkplätze an den Stadteingängen zur Umsteigemöglichkeit vom PKW auf die Straßenbahn) motiviert zum Umstieg auf den ÖPNV.

Durch Zuschüsse des Bundes war und ist es jetzt möglich, unser Stadtbahnnetz zu erweitern, die neuen Stadtteile Franklin und Glücksteinquartier anzubinden und gleichzeitig Ticketpreise im ÖPNV zu senken. Ein kostengünstiger ÖPNV bleibt wichtig für die Mobilität und den Klimaschutz in Mannheim. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass alle städtischen Dienststellen und Betriebe den Mitarbeitenden Jobticket- bzw. Deutschlandticket-Angebote

machen. Der kommunale Fuhrpark muss außerdem mittelfristig dekarbonisiert werden.

Der Einsatz von E-Bussen – wo möglich auch autonom fahrend – und Offenheit für Neues wie autonom fahrende Taxis, langfristig Flugtaxis oder ganz konkret und kurzfristig eine Seilbahn nach Ludwigshafen – als Übergangslösung während der Bauzeit der Hochstraße oder auch dauerhaft als ergänzendes Element des ÖPNV – sind dringend notwendig, um die Verkehrsbelastung durch den Individualverkehr in Grenzen zu halten und gleichzeitig flexible, individuelle Mobilität für die Menschen zu erhalten.

Um die Emissionen im Verkehrssektor zu senken, muss mehr Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und auf die Wasserwege verlagert werden. Dies darf jedoch nicht zulasten der Anwohner ge-

hen. Wir kämpfen für optimalen Lärmschutz beim Ausbau und an Bestandsstrecken der Riedbahn, für eine Trog- oder Tunnellösung beim Bahnausbau wo immer möglich und eine Güterverkehrsumfahrung. Denn Lärmschutz ist Gesundheitsschutz.

Ein modernes Verkehrskonzept für die Innenstadt berücksichtigt gleichzeitig die Interessen des Handels, der Einkaufenden, der in der Innenstadt Arbeitenden und der Anwohnerinnen und Anwohner. Das Ziel muss es sein, die Aufenthalts- und Lebensqualität zu verbessern, Mobilitätsformen nicht auszuschließen und mit Klima- und Strukturwandel in Einklang zu bringen. Alle Veränderungen des bisherigen Verkehrskonzepts sollten ausführlich getestet und von unabhängiger wissenschaftlicher Seite begleitet werden.

Der Ausbau des Radverkehrs in Mannheim hat für uns einen besonderen Stellenwert. Insbesondere aufgrund der günstigen topografischen Lage eignet sich Mannheim als fahrradfreundliche Stadt. Wir sehen für Mannheim im Bereich des Radverkehrs noch erheblichen Nachholbedarf bei der Sanierung und bei der Komplettierung (Lückenschluss) des Radwegenetzes. Außerdem müssen Radwege dauerhaft besser gepflegt werden.

Radschnellwege können einen Beitrag leisten, das Radfahren attraktiver zu machen, müssen dabei jedoch umweltverträglich und sinnvoll vernetzt sein.

Liberale Umwelt-, Klima- und Energiepolitik schafft Lebensqualität

Die Natur ist die Lebensgrundlage des Menschen, diese zu schützen ist auch kommunale Aufgabe. Die Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele hat hohe Priorität. Ein urbaner Umweltschutz besteht für uns vor allem aus einer umweltfreundlichen Verkehrs- und Energiepolitik und einer Verbesserung der Lebensqualität durch Immissions- und Lärmschutz. Wir möchten Flächenversiegelung begrenzen, Frischluftschneisen erhalten und ausbauen sowie Natur als Naherholung erhalten und Artenvielfalt schützen.

Das Ziel liberaler Mobilitäts politik ist die Stärkung des individuellen und emissionsfreien Verkehr statt Mobilität zu verhindern. Wir setzen dabei auf einen Mix aus verschiedenen Transportmitteln – vom emissionsfreien PKW über das Fahrrad bis hin zum öffentlichen Personennahverkehr – und ebenso auf neue Mobilitätskonzepte, wie Carsharing oder E-Scooter.

Die Energiewende kann nur mit Beteiligung der Kommunen gelingen. Energieeffizienz, energetische Sanierung öffentlicher Gebäude und angemessene Energiestandards in Neubaugebieten – z.B. auf Franklin, die dezentrale Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien, aber auch der Ausbau des Fernwärmenetzes gehören für uns dazu. Priorität hat für uns in Mannheim der Ausbau des Fernwärmenetzes und des-

sen Dekarbonisierung, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Privaten Investoren möchten wir ermöglichen, auf den ausgewiesenen Windvorranggebieten (z.B. auf der Friesenheimer Insel) Windkraftwerke zu errichten. Die Energiestrategie der Smart-City-GmbH unterstützen wir, um möglichst viele Gebäude- und Freiflächen entlang der Hauptverkehrsachsen mit erneuerbaren Energiequellen auszustatten. Wir unterstützen auch die MVV bei ihren Plänen, Restemissionen abzuscheiden, einzulagern und wiederzuverwenden (Carbon-Capture-and-Storage).

Die Stadt Mannheim muss dabei als Vorbild vorangehen. Der kommunale Fuhrpark muss mittelfristig dekarbonisiert werden. Der Einsatz von Solarpanelen auf allen städtischen Gebäuden, soweit technisch möglich und wirtschaftlich sinn-

voll, ist voranzutreiben. Fassaden- und Dachbegrünung durch die Stadt und durch städtische Gesellschaften, wie die GBG, soll überall dort erfolgen, wo es sinnvoll ist. Dabei haben für uns Solarpaneele Vorrang vor Dachbegrünung. Wir fordern außerdem die Entsiegelung öffentlicher Plätze im Stadtgebiet (z.B. des neuen Quartiersplatzes T4), z.B. durch die Nutzung von Rasengittersteinen. Neue großflächige Versiegelungen wie beim Platz auf der Rückseite des Hauptbahnhofs lehnen wir ab.

Die MVV nimmt eine Schlüsselfunktion bei der Dekarbonisierung der Energieversorgung in Mannheim ein. Den Bau von gasbetriebenen Sicherungseinrichtungen zur mittel- und langfristigen Sicherung der Fernwärmeversorgung unterstützen wir. Diese sollten von Beginn an „H2-ready“ geplant und gebaut

werden, um später auf einen CO₂-emissionsfreien Betrieb mit Wasserstoff umgestellt werden zu können. Wir fordern außerdem den verstärkten Ausbau der Schnellladeinfrastruktur und privater Elektroladesäulen in Mannheim. Wir begrüßen die Inbetriebnahme einer der größten Wärmepumpen ihrer Art Europas auf dem GKM-Gelände, die Nutzung von Strom und Wärme aus der Abfallverbrennung und die Erschließung von geothermischen Wärmequellen. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau von Flusswärmepumpen ein.

Die Natur im urbanen Umfeld dient vor allem auch der Erholung des Menschen. Gleichzeitig gilt es, die Artenvielfalt zu erhalten, vorhandene Biotope weiter zu vernetzen und den Grünzug Nordost zu realisieren. Diesem Grünzug kommt eine Schlüsselposition im Mannhei-

mer Freiraumsystem zu. Der Grünzug erstreckt sich vom Neckar über die Feudenheimer Au und das Spinelli-Gelände hinweg, über Bürgerpark und Vogelstang-See, den Käfertaler Wald bis zum Coleman-Gelände im Norden. Die Entwicklung von Spinelli und das Kurzzeitevent Bundesgartenschau dürfen der Grundintention, eine möglichst breite Frischluftschneise zu erhalten, nicht entgegenstehen. Daher lehnen wir weitere Bodenversiegelung und einen künstlichen See im Landschaftsschutzgebiet Feudenheimer Au ebenso ab, wie den Erhalt der U-Halle oder den Neubau eines Grünhofs, welche die Frischluftschneise einengen. Die FDP steht daher zu den ursprünglichen vom Bürgerentscheid beschlossenen Plänen, die durch die Bundesgartenschau entstandenen modellierten Bepflanzungen auf dem Spinelli-Gelände durch einen

pflegearmen Grünzug zu ersetzen. Damit soll die ursprüngliche Idee der Frischluftschneise umgesetzt werden.

Die Sanierung des Rhein-Hochwasserdamms im Mannheimer Süden sieht bisher massive Baumfällungen vor. Dieses Konzept überzeugt uns nicht. Bäume können entgegen den Ausführungen des Regierungspräsidiums für die Stabilisierung des Damms sorgen. Daher fordern wir die Stadt Mannheim vehement dazu auf, eine durchgehende Hochwasser-schutzwand durchzusetzen. Dadurch wird während der Bauzeit und darüber hinaus die Sicherheit des Damms gestärkt.

Liberaler Kulturpolitik macht Mannheim attraktiv

Die Freiheit der Kunst ist Grundlage liberaler Kulturpolitik. Kultur ist ein wichtiger Standortfaktor. Die kulturelle Vielfalt Mannheims ist Ausdruck für die Vielfältigkeit unserer Stadtgesellschaft. Ein attraktives Kulturleben erhöht die Attraktivität unserer Stadt, ist ein wichtiger Standortfaktor. Kulturelle Bildung und Kreativität fördern die Entwicklung des Menschen und der Gesellschaft.

Traditionell wird die Kulturpolitik in Deutschland zu einem wesentlichen Anteil kommunal finanziert. Wir hier in Mannheim belegen bundesweit den ersten Platz im Bereich der Kulturförderung im Vergleich mit ande-

ren Städten mit bis zu 500.000 Einwohnern. Keine andere vergleichbare Kommune gibt mehr Geld pro Einwohner für Kunst und Kultur aus. Wir bekennen uns klar zur Kulturförderung in der Spitze, ebenso wie in der Breite.

Die Generalsanierung des Nationaltheater Mannheim (NTM) tragen wir mit, denn es gibt keine sinnvolle Alternative dazu. Die Beteiligung des Bundes und des Landes war ausschlaggebend, dieses Mammutprojekt zu schultern. Die enormen Baukostensteigerungen der letzten Jahre treiben trotz strikter Kostenkontrolle die Kosten für die Sanierung und für die Ersatzspielstätten nach oben. Die Ersatzspielstätte OPAL für die Oper war von Anfang an überdimensioniert. Wir hatten sie daher abgelehnt. Der Bau hat sich (unverschuldet) verzögert, die Kosten explodieren. Perspekti-

visch streben wir an, dass auch der laufende Betrieb des NTM stärker vom Land mitfinanziert wird, um eine Gleichstellung mit den Landesbühnen zu erreichen und so den städtischen Finanzierungsanteil reduzieren zu können.

Wir freuen uns, dass private Geldgeber den Neubau der Kunsthalle mitfinanziert haben. Nur dadurch war es uns möglich, mit der Kunsthalle einen kulturellen Magneten und einen städtebaulichen Akzent im Herzen unserer Stadt zu etablieren. Wir werden die zukünftige Entwicklung der Kunsthalle konstruktiv kritisch begleiten.

Auch die Reiss-Engelhorn-Museen können dank eines enormen bürgerschaftlichen Engagements hervorragende Ausstellungen verwirklichen, die über Mannheim hinaus strahlen und Mannheims Ruf als Kulturstadt festigen. Die FDP

Mannheim wird auch weiterhin für das Stifter-Engagement der Mannheimer Bürgerinnen und Bürger werben, besonders im kulturellen Bereich, aber nicht nur dort.

Die freie Szene in Mannheim bereichert unsere Kulturlandschaft wesentlich. Mit experimentellen Arbeits- und Darstellungsformen geben etablierte und Nachwuchskünstlerinnen und -künstler wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft insgesamt. Eine angemessene Kulturförderung aller Sparten, ob projektbezogen oder institutionell, ist essenziell. Wir setzen uns für die Einhaltung von Honoraruntergrenzen bei städtisch geförderten Projekten und Institutionen ein. Die Stadt sollte die Suche nach Probe- und Veranstaltungsräumen, Ateliers und Freiflächen für Veranstaltungen stärker unterstützen und

Teil A – Liberale stehen für eine offene Gesellschaft

Pop-Up-Angebote in Leerständen ermöglichen.

Die städtische Galerie Port 25 bietet ein vielfältiges Ausstellungsprogramm und fördert regionale Künstlerinnen und Künstler und spartenübergreifende Kooperationen.

Auch die Staatliche Musikhochschule leistet einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt der Stadt Mannheim. Die Mannheimer Schule und die höfische Musiktradition der ehemaligen Residenzstadt Mannheim haben eine lange und wertvolle Tradition.

Die Musikstadt Mannheim lebt nicht nur die Tradition, sondern auch die Moderne. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet die Popakademie. Sie hat Mannheim große Aufmerksamkeit und Renommee gebracht. Mittelfristig sehen wir auch dieses musikalische Bildungsangebot als reine

Landeseinrichtung und fordern die Stadt auf, sich aus der Kofinanzierung zurückzuziehen.

Baukultur stellt das Zusammenspiel zwischen dem Bewahren des Alten und dem Schaffen des Neuen her. Beispielhafte Baukultur ist nicht nur ästhetisch und emotional wirksam, sondern sie berücksichtigt ebenso ökologische und wirtschaftliche Qualitäten und bringt diese mit den soziokulturellen Anforderungen in Einklang. Finanzielle und kulturelle Werte sind ausgewogen zu berücksichtigen. Mit rund 30 Millionen Euro für den Erhalt der ursprünglich nur temporär gedachten Multihalle stehen Kosten, Nutzen und kultureller Wert für uns in keinem vernünftigen Verhältnis.

Wir begrüßen, dass auf Spinelli endlich Raum für ein Lapidarium zur Verfügung steht, damit auch in Mannheim Schätze der

Vergangenheit einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.

Wir setzen für eine attraktive Clubszene ein.

Liberale stehen für eine offene Gesellschaft

Mannheim ist seit der Stadtgründung Heimat für Menschen unterschiedlicher Nationen und Religionen. Seit Jahrhunderten bereichern Neu-Mannheimerinnen und Neu-Mannheimer unsere Stadtgesellschaft. Wir möchten, dass sich alle Menschen in unserer Stadt wohlfühlen und sich als ein Teil unserer offenen Bürgergesellschaft verstehen. Wir sehen es als eine große Chance und Bereicherung, wenn aus Migrantinnen und Migranten Mannheimerin-

nen und Mannheimer werden. Deshalb begrüßen wir Integrationsanstrengungen und den positiven Trend vermehrter Einbürgerungen in Mannheim und unterstützen Kampagnen, um mehr Migrantinnen und Migranten für das Ehrenamt und für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.

Wir erwarten von Zugewanderten dasselbe, was wir von allen Bürgerinnen und Bürgern erwarten: die Anerkennung unserer Rechtsordnung, die Verantwortung für die eigene Bildung und für den eigenen Lebensunterhalt.

Woher jemand kommt, ist für uns nicht entscheidend, sondern das Ziel, welches er mit uns gemeinsam erreichen will. Für die eigene Emanzipation, den beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg ist das Beherrschen der deutschen Sprache der unverzichtbare

Schlüssel. Dazu gehören für uns beispielsweise Vorqualifikationsklassen an den Berufsschulen. Qualifizierungsmaßnahmen für ungelernete neue Zugewanderte und für eine schnelle Eingliederung in die Berufswelt sind ebenfalls unerlässlich. Auch der weitere Ausbau der frühzeitigen Sprachförderung bei Kindern, unter Einbeziehung der Eltern, ist für uns sehr wichtig. In unserem liberalen Verständnis von Integration finden auch kulturelle Wurzeln Raum.

Die zahlreichen Vereine in unserer Stadt, viele davon gegründet von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund, leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration, indem bürger-schaftliche Ziele und Werte wie Zivilcourage, Respekt, Toleranz und Fairness vermittelt und gemeinsam gelebt werden. Die FDP unterstützt diese Entwick-

lung und ist gerne bereit, diese aktiv zu fördern.

Bei aktuellen und auch zukünftigen Herausforderungen setzen wir auf ein ganzheitliches und vor allem zeitgemäßes Integrationskonzept, welches ein friedliches Zusammenleben ermöglicht und das Zusammenwachsen unserer Gesellschaft stärkt. Bei der Suche nach Lösungen müssen wir differenzieren zwischen dem Bedarf der Migrantinnen und Migranten, die seit mehreren Jahrzehnten ihr Zuhause in Mannheim gefunden haben, und neu hier ankommenden Zuwanderern.

Es werden jedoch weiterhin bildungsorientierte und humanitäre Hilfen für Zugewanderte aus anderen EU-Staaten (z.B. aus Südosteuropa) benötigt, wie z.B. der Zugang zu Bildungsangeboten, zur Gesundheitsversorgung und zu adäquaten Wohnräumen. Doch wir sind

uns sicher, dass mit liberalen Konzepten diese Zukunftsaufgaben unserer Stadt in richtige Bahnen gelenkt werden können, für Chancengleichheit, Teilhabe, Toleranz und ein modernes Gesellschaftsbild in Mannheim. Daher sind wir Liberale aktives Mitglied im Mannheimer Aktionsbündnis für Toleranz und Vielfalt.

Bei allen Herausforderungen wissen wir zu schätzen, welche Bereicherung die Vielfalt der Erfahrungswelten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischen Wurzeln darstellt und wie groß deren Anteil am ehrenamtlichen Engagement, am Vereinsleben, am gesellschaftlichen, kulturellen und nicht zuletzt am wirtschaftlichen Leben unserer Stadt ist.

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird auch der Stadt Mannheim positive Impulse geben. Fachkräfte sind in vielen

Arbeitsbereichen dringend gesucht und notwendig, um unseren Wohlstand zu erhalten.

Für uns ist auch das Grundrecht auf Asyl und der humanitäre Schutz unantastbar. Dazu gehört die Vertreibung durch Krieg (z.B. in der Ukraine) und die Verfolgung aus politischen Gründen, religiösen Gründen oder aufgrund der sexuellen Identität. Mannheim trägt Verantwortung, um diesen Geflüchteten humanitären Schutz zu gewähren. Es muss dabei allerdings auch ausreichend finanziell von Bund und Land unterstützt werden.

Liberale Stadtentwick- lungspolitik fördert Wohn- und Lebensräume

Am Ende der Entwicklung der Konversionsflächen – beispielsweise auf Franklin und Spinelli – soll eine Entspannung des Wohnungsmarktes stehen. Die erzwungene Sozialquote für die Neubaugebiete, die einen festen Anteil an gefördertem Wohnraum vorschreibt, lehnen wir ab. Sie führt nur zu einer Verteuerung der Bauprojekte und schafft keinen zusätzlichen Wohnraum. Wir setzen uns stattdessen für einen Mix aus wohnungsbaupolitischen Instrumenten ein, um für alle Bürgerinnen und Bürger erschwinglichen Wohnraum zu ermöglichen.

Neben der Förderung von Mietwohnungsneubau durch private Investoren wollen wir heutige Standards hinsichtlich Barrierefreiheit ebenso umsetzen.

Die GBG ist der wichtigste Partner der Stadt für bezahlbaren Wohnraum. Deshalb darf die GBG nicht immer weiter mit wohnungsfremden Bauaufgaben belastet werden (Strandbad, Marchivum, Technisches Rathaus, Grünhof u. Ä.). Hier sind in den letzten Jahren mehr als 200 Millionen Euro in städtische Hochbauten statt in den Wohnungsbau geflossen. Dieser Trend muss gestoppt werden. Auch die Gedanken hinsichtlich eines Engagements der GBG-Tochter BBS zum Betrieb von Kindertageseinrichtungen laufen in eine falsche Richtung und sollten nicht weiterverfolgt werden.

Derzeit fehlt in Mannheim neben kostengünstigem auch

hochwertiger Wohnraum, um hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte in Mannheim zu halten bzw. anzuwerben, denn neben bedarfsgerechten Bildungs- und Betreuungsangeboten ist adäquater Wohnraum ein wichtiger Standortfaktor für eine Metropolregion. Daher setzen wir uns auch für die Schaffung von hochwertigem Wohnraum auf geeigneten Flächen im Rahmen der Konversion ein.

Das Strategiepapier Blau_Mannheim_Blau ist ein gutes Instrument, um die Mannheimerinnen und Mannheimer näher an die Flüsse zu bringen. Ziel dabei ist es nicht, neue Gebäude an die Flüsse zu bauen. Stattdessen sollte die Stadt Mannheim die Infrastruktur an den Flussufern verbessern (z.B. die Zugänge oder die Toiletten).

Liberale Jugendpolitik will Mannheim auch in Zukunft attraktiv machen

Wir setzen uns für eine für eine stärkere Beteiligung von jungen Menschen in den kommunalpolitischen Gremien ein und möchten junge Mannheimerinnen und Mannheimer dabei fördern, ihre Interessen zu vertreten und sich zu beteiligen. Deshalb begrüßen wir auch die institutionelle Aufwertung des Jugendbeirats. Statt eines Bewerberverfahrens und Auswahl der Mitglieder des Jugendbeirats durch eine Berufungskommission soll eine echte Jugendwahl in Mannheim durchgeführt werden. An dieser sollen alle zwei Jahre in Mannheim wohnhafte Jugendliche teilnehmen dürfen

Teil A – Liberale Jugendpolitik will Mannheim auch in Zukunft attraktiv machen

Mannheim ist eine Universitätsstadt, in der viele junge Menschen auch aus der ganzen Welt studieren oder sich ausbilden lassen. Unser Ziel ist es, diese Fachkräfte stärker in die Region zu integrieren, um sie auch langfristig an unsere Region zu binden. Wir möchten ihnen ein attraktives Wohn- und Arbeitsumfeld bieten. Dabei sind Bildungs- wie Freizeiteinrichtungen, gute Infrastruktur, sowie bezahlbarer Wohnraum wichtige Standortfaktoren, die vorrangig im Blickpunkt der Fördermaßnahmen stehen sollen.

Wir Liberale fordern daher die Stadt Mannheim auf, die Versorgung an Studierendenwohnheimplätzen zu prüfen und gerade in den neu entstehenden Wohngebieten zu prüfen, ob man hier neue Standorte realisieren kann. Auch dürfen die Bildungseinrichtungen wie

Schulen, Hochschulen, Fachhochschulen, Berufsschulen und Kindergärten im Zeitalter der Digitalisierung nicht im internationalen Vergleich hinterherhinken und so den Standort Mannheim schwächen.

Wir fordern, bezahlbaren Wohnraum auch für Auszubildende vor allem an Berufsschulstandorten in Kooperation mit den Kammern und Ausbildungsbetrieben anzubieten. Dabei sollte der Nutzungsschwerpunkt bei Auszubildenden kleiner und mittlerer Unternehmen liegen, die kein eigenes Angebot schaffen können. Ausbildungshäuser (z.B. in Kooperation mit Arbeitgeberverbänden und der GBG) begrüßen wir ausdrücklich.

Da durch erfolgreiche Gesundheitspräventionsmaßnahmen die nachfolgenden Generationen sehr gesundheits- wie auch sportbewusst sind, muss eine Stadt für alle Generationen

auch die vorhandenen Sport- und Spielstätten in Stand halten, damit der Standort Mannheim auch für die Jugend attraktiv bleibt.

In allen Stadtteilen setzen wir uns für ein attraktives Angebot an Jugendtreffs, Sportangeboten und Spielplätzen ein.

In Quartieren wie auf Franklin muss auch darauf geachtet werden, dass neben dem reinen Wohnraum, der entsteht, auch Bedürfnisse wie Kinderbetreuungseinrichtungen mit eingeplant werden, um die Kindergartenplatzgarantie auch dieser Stadtteile zu gewährleisten.

Teil B

Kommunalpolitisches

Alphabet

Arbeitsmarkt und Fachkräfte

*Siehe auch Kapitel
Wirtschaft*

Siehe auch Kapitel Bildung

- Der Fachkräftemangel ist heute die größte Herausforderung für die Wirtschaft. Wir begrüßen alle Maßnahmen, die dem entgegenwirken.
- Wir brauchen beides: Förderung und Bestandsbetreuung der örtlichen Betriebe und die Unterstützung von Neuan siedlungen und Existenzgründungen zur Sicherung von Ausbildungsplätzen. Dies wollen wir insbesondere durch unbürokratische Hilfs- und Beratungsangebote garantieren sowie durch ein bedarfsgerechtes Angebot an Gewerbeflächen erreichen.
- Flächenbedarf für einen ausgewogenen Branchenmix aus Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk ist bei der Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Uns ist dabei besonders wichtig, Weiterentwicklungsmöglichkeiten für lokale Betriebe zu schaffen und nicht durch einseitiges Flächenmanagement und lange Behördenwege zu erschweren.
- Die FDP bekennt sich zum Industriestandort Mannheim und fordert, freiwerdende Industrieflächen als solche zu erhalten.
- Weiteren attraktiven Wohnraum für Fach- und Führungskräfte schaffen, um diese in die Stadt zu holen bzw. zu halten
- Gründungskultur in Mannheim fördern, z.B. durch Vernetzungsangebote inner- und außerhalb unserer Gründerzentren
- Das erfolgreiche Konzept branchenspezifischer städtischer Gründerzentren unterstützen wir. Die bestehenden Zentren sollen laufend modernisiert und an sich ändernde Bedarfe angepasst werden. Wir begrüßen mehr privatwirtschaftliches Engagement im Bereich der Start-ups, denn die Stadt kann nicht alles leisten!
- Wir fordern eine Konzentration der städtischen Beschäftigungsförderung auf die Qualifizierung von jungen Menschen.
- Wir unterstützen Programme, die Lohnzuschüsse für Langzeitarbeitslose zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt besser nutzen, statt durch diverse Maßnahmen Einstiege in den zweiten

oder gar dritten Arbeitsmarkt zu fördern.

- Unterstützung für die Arbeit der berufsbildenden Schulen beim „Übergangsmanagement Schule – Beruf“
- Berufsschulen endlich sanieren oder neu bauen und die Ausstattung an die Anforderungen des digitalen Zeitalters anpassen
- Ausbildungskapazitäten z.B. am Fröbel-Seminar weiter erhöhen, um dem Fachkräftemangel im Erzieherbereich entgegenzuwirken. Auch freie Bildungsträger müssen in die Planung zur Bekämpfung des Fachkräftemangels eingebunden werden, da insbesondere Personal für Schulhorte und die Betreuung von Kindern im Bereich von unter 3 Jahren auch weitere Qualifizierungen als nur den Erzieherberuf zulassen.

Gleichwertige Abschlüsse aus dem Rhein-Neckar-Kreis müssen ebenso ohne Auflagen zu weiteren Fortbildungen gültig sein, sodass Arbeitskräfte sofort einsetzbar sind.

- Wir Liberale unterstützen, dass die Stadt Mannheim als moderner leistungsfähiger Arbeitsgeber ihre Mitarbeiter fördert und fordert. Zudem fordern wir, dass neue Dienst- und Werkverträge für hochbezahlte Beratungstätigkeiten künftig vom Gemeinderat beschlossen werden müssen.

Bäder

- Erhalt einer attraktiven und wirtschaftlich effizienten Bäderlandschaft auch in den Stadtteilen, um die Erreichbarkeit der Bäder für Kinder und Seniorinnen und Senioren zu gewährleisten
- Abschaffung von Kleiderordnungen in Schwimmbädern und ähnlichen Einrichtungen, die unterschiedliche Bekleidungspflichten für männliche und weibliche Gäste vorsehen
- Bereitstellung ausreichender Schwimmlernangebote
- Bereitstellung von kostenlosen Hygieneprodukten wie z.B. Tampons
- Nutzungsentgelte für Vereine sollen bezahlbar sein
- Gebührenfreie Nutzung der Bäder für Mannheimer Kinder in den Sommerferien

- Endlich ein Gesamtnutzungskonzept für das Herschelbad erarbeiten und umsetzen, das den wirtschaftlichen Betrieb einerseits und den Erhalt mindestens einer Schwimmhalle des Bades für breite Schichten der Bevölkerung zu moderaten Preisen (ggf. mit Public-Private-Partnership) andererseits gewährleistet. Den Vorschriften des Denkmalschutzes und der historischen Anmutung des Gebäudes ist auch bei der Innensanierung Rechnung zu tragen.

Barrierefreiheit vorantreiben

- Konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Investitionsmittel für barrierefreien Umbau im öffentlichen Raum, von öffentlichen Gebäuden und zur Herstellung barrierefreier Mobilitätsketten erhöhen
- Zentrale Standorte für „Toiletten für alle“ identifizieren und errichten
- Prioritätenliste in Zusammenarbeit mit der AG Barrierefreiheit kontinuierlich abarbeiten
- Mannheim-App mit elektronischem Stadtführer für Menschen mit Behinderungen
- Ampeln mit akustischen, haptischen und optischen Signalen nachrüsten
- Benutzerfreundliche Fahrkartenautomaten mit transparenten Preisen
- Endlich alle Haltestellen barrierefrei gestalten
- Barrierearmut und Barrierefreiheit konsequent umsetzen, dabei jedoch unverhältnismäßig kostenintensive Maßnahmen vermeiden
- Grundlage für gelingende Inklusion ist Barrierearmut und Barrierefreiheit in Kindertagesstätten, Schulen, Wohnen, Arbeitswelt und bei gesellschaftlicher Teilhabe.
- Angebot an barrierearmen und barrierefreien Wohnungen bedarfsgerecht ausbauen, auch im Bereich bezahlbaren Wohnraums
- Unterstützung der Vereine beim Herstellen barrierefreier Zugänge zu Sportanlagen,

Umsetzung von Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit in städtischen Sporthallen und Sportanlage

- Weitere barrierefreie Zugänge zu den Flüssen schaffen, wo immer Freizeitaktivitäten angeboten werden
- Beratung für barrierearmen und -freien Umbau von Privatwohnungen gewährleisten
- Öffentliche Spielplätze mit „behindertengerechten“ Spielgeräten ausstatten
- Inklusion umsetzen und leben

Bau- gemeinschaften

*Siehe Kapitel
Genossenschaften*

Bildung

- Die städtischen Kindertageseinrichtungen in Mannheim müssen verlässliche Betreuungsangebote anbieten. Werden die zugesagten Betreuungszeiten in einzelnen städtischen Einrichtungen nicht eingehalten, muss die Stadt den Eltern alternative Betreuungsangebote unterbreiten oder ihnen die geleisteten Gebühren anteilig erstatten.
- Die freien Träger von Kindertageseinrichtungen in Mannheim müssen finanziell so gestellt werden, dass verlässliche Betreuungsangebote geschaffen werden und selbst bei Krankheitsausfällen durch Ausfallmanagement die Betreuung sichergestellt werden kann.

- Um dem erhöhten Bedarf an Fachkräften in den Mannheimer Kindertageseinrichtungen gerecht zu werden, fordern wir, ausländischen Fachkräften den Einstieg in die frühkindlichen Bildungseinrichtungen zu erleichtern, zu beschleunigen und zu entbürokratisieren – natürlich ohne Abstriche bei deren Qualifikation. Deutschkenntnisse mit einem Mindestniveau von „B2“ oder einer zeitnahen Nachqualifizierung von Niveau „B1“ auf „B2“ müssen Voraussetzung für die Einstellung ausländischer Fachkräfte sein. Erzieherinnen und Erzieher in unseren Kinderbetreuungseinrichtungen legen den entscheidenden Grundstein für alle weiteren Bildungswege unserer Kinder. Daher unterstützen wir breit angelegte Aufklärung über das interessante Berufsfeld, die Fort- und

- Weiterbildungsmöglichkeiten und eine adäquate Vergütung. Sprachkurse wie auch Qualifizierungskurse müssen zur Bekämpfung des massiven Fachkräftemangels in diesem Bereich im Zeitraum der vorhandenen Kinderbetreuung angeboten werden.
- Wir fordern, den Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen massiv zu beschleunigen, insbesondere durch eine bedarfsangepasste Standardisierung der Bauvorhaben in Modulbauweise.
 - Frühkindliche Bildung in Kooperation mit Stiftungen, Vereinen, freien Trägern und Wirtschaft stärken (z.B. Kindergartenlabor, die kleinen Forscher, Sport, Wissensfabrik oder Musikangebote)
 - Wir sehen erheblichen Personalbedarf im Stadtmedienzentrum, welches maßgeblich bei der Digitalisierung der Schulen mitwirkt. Das Stadtmedienzentrum soll entweder durch Personal anderer Fachbereiche oder durch das Schaffen neuer Stellen erweitert werden.
 - Auch in städtischen Einrichtungen, wie den Jugendhäusern, sollen verstärkt Medienkompetenz und Medienbildung gefördert werden.
 - Exzellenzförderung und Kinderakademie in Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen fortführen
 - Eltern-Kind-Zentren (ELKIZ) erhalten und vorrangig in den Sozialräumen 4 und 5 ausbauen
 - Wir begrüßen die verstärkten Kooperationen zwischen Grundschulen und Musikschulen. Damit möchten wir möglichst vielen Kindern unabhängig vom Elternhaus das Erlernen eines Instruments ermöglichen.
 - Bei allen schulischen Entscheidungen ist primär auf die Schulautonomie Rücksicht zu nehmen. In Entscheidungen über Sanierungen, Umbauten, Schularten und Projekte sind Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer unbedingt einzubinden.
 - Wir fordern die Sanierung unserer Mannheimer Schulen und den Neubau nicht sanierungsfähiger Schulgebäude, um unsere Schulen zukunftsfähig zu machen und Schülerinnen und Schülern eine gute Lernatmosphäre zu bieten.
 - Verstärkung der Schulsanierungsmaßnahmen gemäß regelmäßig zu aktualisierender Prioritätenliste über die BBS

- Das erfolgreiche Mannheimer Unterstützungssystem Schule (MAUS) wollen wir mit einer Million Euro pro Jahr unterstützt wissen und damit den Förderbetrag verdoppeln. Sollten die Mittel für städtische Einrichtungen nicht ausgeschöpft werden, so wollen wir das MAUS-Programm auf private Bildungsträger erweitern.
- Schulen durch zeitgemäße und auch digitale Lehrmittel und naturwissenschaftliche Räume zukunftsfähig machen
- Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen für eine Modernisierung des Unterrichts genutzt werden. Die Finanzierung der Ausstattung sowie die Ausbildung der Lehrkräfte muss hierbei durch das Land sichergestellt werden.
- Wir wollen es Schulen ermöglichen, für Digitalisierungsprojekte auch private Dienstleister direkt zu beauftragen.
- Wir unterstützen das Mannheimer Programm zur Neugestaltung von Schulhöfen getreu dem Motto „Grün statt grau“.
- Die Gemeinschaftsschule kann eine Ergänzung der kommunalen Bildungslandschaft sein. Deren Ausbau darf aber nicht zu Lasten der anderen Schularten gehen. Anstatt einer zweiten Gemeinschaftsschule bevorzugen wir im Mannheimer Süden eine weitere Gesamtschule. Es sollen weiterhin Angebote von G8 und G9 in Mannheim bestehen, um Wahlfreiheit zu schaffen.
- Der weitere Ausbau der Ganztagschulen ist wichtig und notwendig, um Bildungsgerechtigkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.
- Die Verantwortlichen in den Schulen vor Ort sollen entscheiden dürfen, ob Schulen zu Ganztagschule werden sollen und in welcher Form dieses schulische Angebot umgesetzt werden soll – offen, teilgebunden oder gebunden.
- Sonder- und Förderschulen erhalten, um bei der Umsetzung der Inklusion den Eltern echte Wahlfreiheit zu erhalten
- Schulsozialarbeit fortführen und ausbauen, bis 2026 in allen Mannheimer Schulen und in allen Sozialräumen
- Die Schulsozialarbeitenden sind untereinander gut vernetzt und können sich schulübergreifend gegensei-

- tig vertreten, sodass immer eine Ansprechperson an den Schulen da ist.
- Die Freien Demokraten wollen den staatlich anerkannten muttersprachlichen Unterricht der Schulaufsicht unterstellen, um der Bildungshoheit des Staates hier Rechnung zu tragen und bei der Konzeption und Durchführung des Unterrichts durch das Kultusministerium wieder Mitwirkungsmöglichkeit zu erlangen.
 - Statt des häufig vorgeschlagenen Werteunterrichtes spricht sich die FDP dafür aus, den inhaltlich umfassenderen Ethikunterricht verpflichtend für alle Klassenstufen und Schulformen einzuführen. Davon bleibt die Durchführung von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen unbenommen.
 - Der muttersprachliche Griechisch-Unterricht an der Waldhofschule soll, sofern das Land bei seiner ablehnenden Haltung bleibt, in einer Kooperation zwischen der Stadt Mannheim, den Elternvertretern und dem Konsulat der Hellenischen Republik fortgeführt werden.
 - Die schulische Erinnerungskultur möchten wir durch die Förderung regelmäßiger Schulausflüge zu geschichtsträchtigen Orten stärken.
 - Wir fordern die Einbindung von Bestandteilen der Grundausbildung von Einrichtungen des Bevölkerungsschutzes wie Feuerwehr, DRK, THW in Form von Wahl(pflicht)fächern oder Projekten.
 - Wir begrüßen Bildungsangebote zu sexueller Gesundheit und sexueller Selbstbestimmung an Schulen.
 - Hygieneprodukte in schulischen Toiletten frei verfügbar halten und um das Angebot an Menstruationsartikeln ergänzen
 - Die FDP setzt sich für gebührenfreies saisonales Obst an Schulen ein.
 - Wir setzen uns für die Initiierung von Mannheimer Wettbewerben für die Stärkung der demokratischen Jugendbildung ein, indem schulische Debattierwettbewerbe und Poetry Slams stärker in den Schulalltag integriert werden.
 - Eine aktivere Nutzung unserer Städtepartnerschaften und deren stärkere Integration in den Bildungsbetrieb
 - Kooperationsmöglichkeiten von Schulen mit Trägern der

freien Jugendarbeit sowie mit Vereinen fördern, damit auch außerschulische Bildungsmöglichkeiten gewährleistet werden

- Einrichtung einer städtischen Datenbank mit lokalen Expertinnen und Experten, die für schulische Projekte eingebunden werden können
- Schulen freier Träger dürfen nicht benachteiligt werden.
- Der Wettbewerb zwischen Bildungseinrichtungen und deren Profilbildung soll gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht der Wohnort allein ausschlaggebend für die Zusage der weiterführenden Schulen ist.
- Wir begrüßen die Ansiedlung von privaten Schulen in Mannheim, idealerweise mit angeschlossener Kindertageseinrichtung.
- Sensibilisierung für interkulturelle Pädagogik und Elternarbeit durchgängig von Krippe bis weiterführende Schule bei allen Beteiligten erhöhen
- Die Erfüllung der Schulpflicht nach § 72 Schulgesetz Baden-Württemberg ist Grundvoraussetzung, um die Schule mit einem Schulabschluss zu verlassen. Es kann nicht Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer sein, morgens Schülerinnen und Schülern in ihren Elternhäusern anzurufen, um sie zum Schulbesuch aufzufordern. Wir fordern deshalb, die Einhaltung der Schulpflicht an den Mannheimer Schulen zu kontrollieren und Verstößen nach den Maßgaben des Schulgesetzes entgegenzuwirken. Eltern und weitere Personen, denen die Erziehung und Pflege eines Kindes anvertraut ist, tragen die Verantwortung für deren regelgerechten Schulbesuch.
- Übergänge zwischen den einzelnen Schularten optimieren und Durchlässigkeit durch Förderangebote und Kooperationen verbessern
- Ein Schulabschluss ist ein wichtiger Meilenstein für ein gelungenes Berufsleben. Die Quote an Jugendlichen, die in Mannheim ihre Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlässt, ist mit derzeit 7% überdurchschnittlich hoch. Wir möchten die Quote an Schulabgängern, die die Schule ohne Abschluss verlassen, daher reduzieren.
- Jugendliche ohne Abschluss sind ebenfalls stärker von Arbeitslosigkeit bedroht. Wir fordern deshalb, dass Mannheim ein Monitoring einführt, um Schülerinnen und Schü-

lern ohne Abschluss noch mehr Unterstützungsangebote unterbreiten zu können, damit sie ihren Schulabschluss nachholen können. Wir dürfen keine Jugendliche und keinen Jugendlichen verlieren!

- Initiative „Spurwechsel Mannheim“ (Beratungsstelle für Studienabbrecher) besser bewerben
- Die FDP setzt auf Ausbildungs- und Studienbotschafterinnen und -botschafter aus der beruflichen Praxis und von Hochschulen als Vorbilder, die jungen Menschen in Mannheimer Schulen und Kindergärten zeigen, welche beruflichen Wege sie einschlagen können.
- Als FDP fordern wir eine Exzellenzinitiative, um die Attraktivität und Innovationskraft der beruflichen Bildung

zu stärken. Mannheim ist als Kommune verantwortlich für die Bereitstellung der schulischen Infrastruktur. Die Berufsschulen am Neckarufer sind nicht saniierungsfähig und müssen schnellstmöglich neu gebaut werden. Dazu stellt die Stadt Baugrund an mit allen Verkehrsmitteln gut erreichbaren Stellen bereit und beschleunigt die Planungsprozesse so, dass die neuen Gebäude schnellstmöglich bereitstehen.

- Unterstützung für die Arbeit der Berufsschulen beim „Übergangsmangement Schule – Beruf“
- Errichtung eines weiteren Azubihauses, um der hohen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende besser gerecht werden zu können
- Weiterhin Angebote im Be-

reich Erwachsenenbildung unterstützen, um der wachsenden Bedeutung in diesem Bereich durch den demographischen Wandel Rechnung zu tragen

- Wir unterstützen die Montessori-Schule in U2 in ihrem Bemühen um einen für alle Altersgruppen geeigneten Schulhof. Hierzu soll der bereits heute umzäunte Teilbereich des Herschelplatzes freundlicher und altersgerecht gestaltet, mit neuen Spielgeräten ausgestattet und nach Schulschluss vor Vandalismus geschützt werden. Heute vorhandene Tischtennisplatten und Geräte können außerhalb der Umzäunung aufgestellt werden. Der von der Umzäunung ausgehende Lärm muss verringert werden.

Bundes- gartenschau BUGA 2023

- Die Bundesgartenschau stellte im Sommer 2023 eine Bereicherung für die Mannheimer Stadtgesellschaft und die Repräsentation der Stadt nach außen dar. Die FDP Mannheim hat die BUGA stets konstruktiv-kritisch begleitet und wird dieses Engagement fortführen. Deshalb fordern wir im Sinne des städtischen Haushalts:
- Unsere Kritik bezog sich vor allem auf die Finanzierung der Investitionen für die BUGA. Wir hoffen, dass die Endabrechnung keine negativen Überraschungen bringt.
- Der Grünzug Nordost soll als offen zugängliche, wenig pflegeintensive Grünfläche

gestaltet werden. Wesentlich ist für uns eine hohe Freizeitqualität mit Spiel- und Sportangeboten und der Erhalt einer möglichst breiten Frischluftschneise.

- Die U-Halle sollte wie geplant möglichst weit zurückgebaut werden. Inwieweit Pflanzungen, Geländemodellierungen oder sonstige Anlagen erhalten werden können, muss mit der Umweltbehörde abgestimmt werden und hängt vom Pflegebedarf und den Betriebskosten ab. Einen weiteren eingezäunten Park mit hochkarätigen Grünanlagen kann und sollte sich die Stadt nicht leisten.

Bürgerbeteiligung

- Ständige Weiterentwicklung des Regelwerks Bürgerbeteiligung und der Bürgerbeteiligungsprozesse unter

Einbeziehung des Beteiligungsbeirats – auch in den Tochtergesellschaften der Stadt

- Online-Plattform und Vorhabenliste sowie weitere digitale Beteiligungsformen beziehen auch zeitlich nicht flexible Bürgerinnen und Bürger in Beteiligungsprozesse ein.
- Es muss neutral und transparenter kommuniziert werden, inwieweit Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in die Entscheidungen des Gemeinderats einfließen bzw. mit welcher Begründung diese ggf. abgelehnt wurden.
- Bürgerentscheide möchten wir bei zukünftigen investitionsstarken Entscheidungen häufiger, wenn möglich mit digitalem Zugang, nutzen. Sie fördern unsere Demokratie.

Teil B – Bürgerrechte

- Wir begrüßen die institutionelle Aufwertung des Jugendbeirats. Statt eines Bewerberverfahrens und Auswahl der Mitglieder des Jugendbeirats durch eine Berufungskommission soll jedoch eine echte Jugendwahl in Mannheim durchgeführt werden. An dieser sollen alle zwei Jahre in Mannheim wohnhafte Jugendliche teilnehmen dürfen. Es soll jedoch sichergestellt werden, dass mindestens ein Vertreter jeder Schulform im Jugendbeirat vertreten ist.
- Die Arbeit der Bezirksbeiräte ernster nehmen und stärker in die Entscheidungen mit einbeziehen
- Das Modell Bürgerhaushalt soll weiter ausgebaut werden. Dabei lehnen wir eine inhaltliche Vorfestlegung bei der Themenauswahl ab.

- Wir wollen mehr Bürgerinnen und Bürger am Bürgerhaushalt beteiligen, dazu müssen u.a. die digitalen Zugangsmöglichkeit deutlich einfacher gestaltet und das Konzept des Bürgerhaushalt breiter in der Stadtgesellschaft bekanntgemacht werden.

Bürgerrechte

- Gruppenauskünfte aus dem Melderegister untersagen
- Einsatz von Videoüberwachung nur an Kriminalitätsschwerpunkten, Polizeipräsenz hat Vorrang. Eine Ausweitung automatisierter Videoüberwachung lehnen wir ab. Die Speicherdauer sollte begrenzt und klar definiert sein.
- Kein allgemeines Alkoholverbot auf öffentlichen

Plätzen, stattdessen bessere Prävention und eine weitere Unterstützung des Alkoholkonsum-akzeptierenden Aufenthalts- und Beratungsangebots (Café-Anker, Trinkertreff) in der Innenstadt

Bürger-schaftliches und ehrenamtliches Engagement

- Förderung und Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeit
- Wir setzen uns dafür ein, die Anpassung der Förderung des Ehrenamtes und der Vereine vor dem Hintergrund von Inflation und Energiekosten zu prüfen. Wir streben daher an, die Antragsverfahren für Zuschüsse zu vereinfachen, digital zu ermöglichen, weniger bürokratisch

zu gestalten und damit eine entlastende Maßnahme für die engagierten Bürgerinnen und Bürger in unseren Kommunen zu schaffen.

- Wir sehen deutliche Verbesserungspotentiale in der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Sportvereinen. Mannheim ist eine vielfältige Sportstadt mit großen Erfolgen in vielen Sportarten, deren Erfolge man besser kommunizieren sollte.
- Eigenverantwortliche Organisationen des Ehrenamts unterstützen und konkret fördern, z.B. durch Anerkennungskultur, Ehrenamtspass oder Stadtteilbudgets
- Wir wollen den ehrenamtlich Engagierten das Leben leichter machen, vor allem durch Abbau von Bürokratie und durch einen einheitlichen Ansprechpartner bei der

Stadt, um die Vereine durch den Verwaltungsdschungel zu lotsen.

- Bedeutende Rolle von Freiwilliger Feuerwehr, Sanitätsdienst und Katastrophenschutz besonders würdigen und unterstützen
- Vereins- und Projektförderung von z.B. Sport, Bürgerverein, Kultur- und Sozialvereine angemessen finanzieren und unbürokratisch umsetzen
- Bürgerschaftliches Engagement weiter ausbauen, z.B. durch Anreize zur Übernahme von Patenschaften für Straßenbäume oder Spielplätze oder Vernetzung über Online-Plattform
- Wir setzen uns dafür ein, die Plakatierungsrichtlinie so zu ändern, dass die Plakatierung für Vereine nicht länger auf einen Stadtteil begrenzt ist.

- Angemessene Unterstützung durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten zur Ausübung des Vereinslebens oder als Probenräume sowie ausreichende Hallenverfügbarkeiten
- Bürgerhäuser in den Stadtteilen sind für das ehrenamtliche und Vereinsleben von besonderer Bedeutung, befinden sich zum Teil in einem schlechten Zustand und müssen deshalb dringend saniert (z.B. Kulturhalle Feudenheim) oder neu gebaut werden (Sport- und Kulturzentrum Wallstadt).
- Wir verurteilen die wachsenden Drohungen gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Unsere demokratische Gesellschaft beruht auf der freien Meinungsäußerung, der Achtung unterschiedlicher Standpunkte und dem zivilisierten

Dialog. Drohungen gegen Menschen, die sich uneigennützig in den Dienst ihrer Gemeinschaft stellen, untergraben diese Grundwerte und dürfen nicht toleriert werden.

- Angebote des Bundesfreiwilligendienstes ausbauen und bewerben, auch besonders im Kinderbetreuungsbereich
- Kooperationen fördern zwischen den Vereinen mit den Kindergärten, den Schulen und der Schulkinderbetreuung
- Online-Beteiligungselemente ausbauen

Denkmalschutz

- Denkmalschutz und modernen Städtebau sinnvoll miteinander verknüpfen, mit Fokus auf Fassadenschutz und Energiewende

- Endlich ein Gesamtnutzungskonzept für das Herschelbad erarbeiten und umsetzen, das den wirtschaftlichen Betrieb einerseits und den Erhalt mindestens einer Schwimmbad-Schichten der Bevölkerung zu moderaten Preisen (ggf. mit Public-Private-Partnership) andererseits gewährleistet. Den Vorschriften des Denkmalschutzes und der historischen Anmutung des Gebäudes ist auch bei der Innensanierung Rechnung zu tragen.
- Denkmalschutz und zeitgemäße Anforderungen wie Barrierefreiheit müssen immer wieder kreativ in Einklang gebracht werden, wie z.B. nachträglich beim Billing-Bau der Kunsthalle. Dazu müssen die Betroffenen frühzeitig eingebunden werden.

- In Anbetracht der hohen Kosten für die Sanierung der Multihalle ist ein tragfähiges Konzept für das Quartier und die gesamte Stadt Bedingung für die Nutzung der Multihalle notwendig.
- Wir begrüßen, dass auf Spinelli endlich Raum für ein Lapidarium zur Verfügung steht, damit auch in Mannheim Schätze der Vergangenheit einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden.

Digitalisierung

- Das E-Government der Stadt muss möglichst schnell und benutzerfreundlich ausgebaut werden. Möglichst alle Antragsverfahren über alle Fachbereiche müssen konsequent digitalisiert werden. Die analoge Beantragung beim Bürgerservice

soll weiterhin möglich sein. Unser Ziel ist es, bis 2028 eine umfassende Mannheim App anzubieten, in der alle Services und Angebote der Stadt gebündelt und auch beantragt werden können.

- Elektronische Akte in der Verwaltung flächendeckend umsetzen
- Das Online-Zugangs-Gesetz soll schnellstens und vollständig umgesetzt werden. Alle Dienstleistungen müssen online zur Verfügung stehen.
- Open-Data der Verwaltung erweitern
- Die Terminvergabe des Bürgerservice Mannheim möchten wir auf einen Zeitraum von 3 Monaten öffnen.
- Das elektronische Meldesystem für Kinderbetreuung (MEKI) optimieren und anwenderfreundlich gestalten
- IT-, Daten- und Cybersicherheit muss jederzeit gewährleistet sein. Dafür muss ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden.
- Neben der Entbürokratisierung ist die Automatisierung von Verwaltungsverfahren (Digitalisierung der Prozesse) ein Gebot der Stunde.
- Einführung eines elektronischen Parkleitsystems, um Parkflächen effizient zu nutzen, was die Suche nach Parkplätzen verkürzt und damit Lärm und Emissionen verringert.
- Integrierte Mobilitätssysteme für die gesamte Region entwickeln, z.B. unter Nutzung des neuen Verkehrsflussberechnungssystems der Metropolregion
- Wir fordern die Evaluation des Modellprojekts der Smart-City auf Franklin, wo

neue und innovative Konzepte für die Stadtentwicklung erprobt werden.

- Die Stadt Mannheim muss die Potenziale der Künstlichen Intelligenz datenschutzkonform nutzen und aktiv in alle Smart-City-Projekte mit einbinden. Für uns gilt: Mannheim muss Vorreiter unter den deutschen Städten im Einsatz von Künstlicher Intelligenz sein.

Energie

- Wir fordern den weiteren Ausbau der Fernwärme in Mannheim.
- Wir unterstützen die Pläne der MVV Energie AG zur Dekarbonisierung der Fernwärme (z.B. mittels Geothermie, Flusswärmepumpen oder Biomasse- und Müllverbrennung mit Kraftwärmekopplung).

Teil B – Fachkräftemangel

- Wir unterstützen die Nutzung der im Stadtgebiet ausgewiesenen Flächen für erneuerbare Energien (z.B. Windkraft im Mannheimer Norden oder auf der Friesenheimer Insel).
- Wir begrüßen privates Engagement in Energiegenossenschaften.
- Wir setzen uns beim Land für gesetzliche Vereinfachungen für Photovoltaik auf denkmalgeschützten Dächern (z.B. in Seckenheim) ein.
- Energetische Sanierung von städtischen Liegenschaften weiter unterstützen. Allerdings kein Passivhausstandard, wenn Sanierung nicht wirtschaftlich.
- Neutrales Beratungsangebot zu Energiesparen, energetischer Sanierung und Landes- sowie Bundesförderung bei der Klimaschutzagentur weiter unterstützen
- Energetische Gebäudesanierung öffentlicher Gebäude weiter vorantreiben
- Wir fordern eine flächendeckende Ausstattung bestehender öffentlicher Gebäude mit Photovoltaik. Bei Neubau von öffentlichen Gebäuden muss in die Planung der Dachflächen die Eignung für Photovoltaik einbezogen werden.
- Wir unterstützen das Programm zur energieeffizienteren Straßenbeleuchtung mittels Umrüstung auf LED-Technik.
- Überdachung von versiegelten Flächen (z.B. Parkplätze oder am Rand von Autobahnen) soll Vorrang vor Agro-Photovoltaik haben.

Fachkräftemangel

Siehe Kapitel Arbeitsmarkt

Familie, Jugend und Senioren

Siehe auch Kapitel Seniorenpolitik

- Aufnahme von Kindertagespflegeangeboten in MEKI (elektronisches Meldesystem Kinderbetreuung)
- Vergabe der Kinderbetreuungsplätze gemeinsam mit den freien Trägern optimieren
- Mannheimer Familienpass erhalten. Wir freuen uns, dass sich vermehrt Vereine an den Angeboten des Familienpasses beteiligen.
- In der Kinderbetreuung mehr Kooperationen mit Vereinen anstreben, um die Vereinbar-

- keit von Familie und Beruf zu steigern
- Kinder- und Jugendbeteiligung weiter fördern, möglichst viele Initiativen und Gruppen erreichen und besser mit anderen Beteiligungsprozessen verzahnen, z.B. Bezirksbeiratsarbeit, Erhalt Büro 68!Deins, Evaluation des Modells der Kinder- und Jugendbeteiligung
- Dem Siegel „Kinderfreundliches Mannheim“ mehr Leben einhauchen, z.B. Mittel erhöhen für Spielplatzsanierungen und barrierefreie Spielangebote oder Angebote für Kinder und Familien (z.B. Jugendbeteiligung oder Ferienangebote) auf der Online-Plattform auf der Homepage der Stadt besser bündeln, damit sie leichter auffindbar sind.
- Bedarfsgerechte Betreuungsangebote für Kinder auch in den Ferienzeiten
- Eltern-Kind-Zentren erhalten und bedarfsorientiert auch in anderen Stadtteilen ausbauen
- Programm „Frühe Hilfe“ erhalten und ausbauen
- Die Vermeidung von Kindeswohlgefährdung hat die oberste Priorität: Angemessene personelle Ausstattung des Jugendamts besonders auch vor dem Hintergrund der steigenden Belastung durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.
- Entwicklungs- und Schutzräume für Mädchen ausbauen und möglichst in die bestehenden Jugendtreffs integrieren
- Frauen- und Mädchennotruf finanziell stärker unterstützen
- Frauenhäuser erhalten und Verstärkung der Bemühungen um Kofinanzierung aus der Metropolregion
- Schwerpunkt beim Ausbau von Grundschulen zu Ganztageschulen – je nach Wunsch der Schulgemeinschaft als offene, teilgebundene oder gebundene Ganztagschule
- Wir wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird: Flexiblere Betreuungszeiten bei der Kinderbetreuung, angepasst an die Realität von Berufstätigen von 7 bis 19 Uhr, 24-Stunden-Kita als reguläres Angebot (beispielsweise für Eltern, die nachts arbeiten).
- Kinder- und Seniorenfreizeiten für Menschen, die finanzielle Unterstützung benötigen, erhalten

Teil B – Flusсуufer

- Jugend- und Seniorentreffs weiter ausbauen, Kooperation mit Vereinen fördern
- Mobile Jugendarbeit weiter ausbauen
- Seniorenrat sowie AG Barrierefreiheit frühzeitig einbinden bei der Stadtentwicklung und einzelnen Neubau- und Sanierungsprojekten
- Angebot an barrierearmen und barrierefreien Wohnungen bedarfsgerecht ausbauen, auch im Bereich bezahlbarer Wohnraum
- Seniorenberatung erhalten und besser kommunizieren

Flusсуufer

- Mannheim muss seine attraktive Lage an zwei Flüssen unter Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und des Hochwasserschutzes besser nutzen.

- Masterplanung Blau_Mannheim_Blau 2020 als Grundlage nutzen, wobei Nutzungskonflikte, z.B. im Hafengebiet, vermieden werden sollen (z.B. durch Verbesserung der Aufenthaltsqualität und Errichtung von Sanitäreinrichtungen am Neckarufer)
- Mehr Toilettenanlagen (barrierefrei) an den Flüssen, um den Freizeitwert zu erhöhen
- Verbesserung der Parkplatzsituation für die Anwohner an der Rheinpromenade prüfen
- Sanierung des Rhein-Hochwasserdamms mit Spundwand-Lösung und größtmöglichem Baumerhalt
Siehe auch Kapitel Umwelt- und Klimaschutz
- Die Chancen der Umgestaltung des ehemaligen Technischen Rathauses am

Collini- Center zur besseren Anbindung des Cahn-Garnier-Ufers und des Hans-Böckler- Platzes an den Neckar ermöglichen; Umlenkung des Verkehrs weg von der Uferstraße durch die Hans-Böckler-Straße zurück auf den Ring

Genossenschaften und Baugemeinschaften

- Unterstützung des Genossenschaftswesens, z.B. der Familiengenossenschaft (z.B. Bau von Kitas), Wohnungs- und Energiegenossenschaften (z.B. Bau von Windkraftanlagen) durch z.B. bevorzugte Bereitstellung von Baugrund

- Verstärkte Wohnungsprivatisierung von städtischen GBG-Wohnungen an bestehende Mieterinnen und Mieter zur Erhöhung der Eigentumsquote als Instrument der Altersvorsorge

Gesundheit

- Wir wollen, dass das Universitätsklinikum Mannheim auch in Zukunft ein Zentrum der Maximalversorgung ist.
Siehe auch Kapitel Klinikum
- Stadtklima durch Ausbau und Erhalt von Frischluftschneisen verbessern (z.B. Frischluftschneise Spinnelli möglichst breit erhalten)
- Mehrgenerationen-Trainingsanlagen ausbauen und Freiraum für vereinsungebundene Bewegungs- und Sportarten gestalten

- Wir unterstützen die erfolgreiche Arbeit des Gesundheitstreffs, der im Rahmen der Selbsthilfe im Gesundheitswesen auf kommunaler Ebene aktiv ist.
- Viele Männer ab dem 19. Lebensjahr haben keinen regelmäßigen Kontakt zur Gesundheitsvorsorge. Ein Thema, das vertieft in der Mannheimer Gesundheitskonferenz thematisiert werden muss.
- Drug-Checking soll auch in Mannheim möglich werden, um Gesundheitsrisiken zu reduzieren. Das Angebot soll gebührenpflichtig erfolgen, um die Kosten dafür zu decken.
- Die FDP spricht sich für eine flächendeckende frühe Gesundheitserziehung und -Aufklärung bereits im Kindesalter und für Schulungs-

angebote für Erziehungsbererechtigte aus.

- Die FDP begrüßt die Einrichtung eines zentral gelegenen Drogenkonsumraums.
- Weitere Optimierung der Kooperation Suchtberatungsstellen in unterschiedlicher Trägerschaft zur nachhaltigeren und effizienteren Versorgung der Süchtigen in Mannheim
- Die FDP spricht sich für gezielte kommunale Informationsaktionen zur Frauengesundheit sowie zur vertieften Debatte in der Mannheimer Gesundheitskonferenz zu diesem Thema aus.

Gleichstellung

- Die in Artikel 3 unseres Grundgesetzes konstatierte Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist

erklärtes Ziel liberaler Politik. Bestehende Benachteiligungen in Bereichen, in denen ein Geschlecht unterrepräsentiert ist, möchten wir abbauen, um Chancengleichheit zu schaffen – in Mannheim und ganz Deutschland. Die für liberale Politik zentrale Möglichkeit der Selbstbestimmung und persönlichen Entwicklung muss für Männer und Frauen gleichermaßen möglich sein, ebenso wie für Personen, die sich als divers einordnen.

- Konsequente Fortführung des Chancengleichheitsplans
- Erhöhung des Anteils an Frauen in Führungspositionen bei der Stadt und ihren Tochtergesellschaften

Grundsteuer

- Die Grundsteuer ist für die Stadt Mannheim eine wichtige Einnahmequelle, da sie stabile und damit planbare Einnahmen garantiert.
- Eine weitere Erhöhung von Steuern lehnt die FDP ab. Gerade bei der Grundsteuer trifft sie Eigentümer wie Mieter gleichermaßen, da sie in die Nebenkosten eingerechnet wird.
- Bei der Neuregelung der Bemessungsgrundlage, die vom Verfassungsgericht vorgegeben war, geht Baden-Württemberg einen eigenen Weg, der zwar unbürokratischer in der Erhebung, aber wenig zielgenau ist. So lassen die ersten Berechnungen des neuen Grundsteuerermessbetrags für Hausbesitzer in vielen Stadtteilen deutliche Erhöhungen erwarten, während großflächige Gewerbeflächen deutlich niedriger besteuert werden. Eine stärkere Differenzierung nach Lage und Nutzung lässt die baden-württembergische Umsetzung des Bundesgesetzes nicht zu. Die Stadt muss sich im Schulterchluss mit dem Städtetag beim Land für weitere Differenzierungsmöglichkeiten einsetzen.
- Wir fordern die Stadt auf, die kommunalen Hebesätze für die Grundsteuer so weit abzusenken, dass die von Bund und Kommune beschlossene Aufkommensneutralität gewährleistet ist.
- Hausbesitzer und Mieter brauchen schnellstens Klarheit, welche Kosten ab 2025 auf sie zukommen.

Grünflächen und Parkanlagen

- Entsiegelungsstrategie der Stadt Mannheim forcieren, Ausgleichsflächen schaffen und instand halten.
- Mikroklima in der Stadt durch Klima-angepasste Bepflanzung sicherstellen, städtische Park- und Grünanlagen in gepflegtem Zustand erhalten
- Unterstützung für Grünflächenpatenschaften, vor allem auch in Wohngebieten durch Bewerbung und Blumengutscheine
- Ersatzpflanzungen bei notwendigen Baumfällungen müssen zeitnah erfolgen.
- Fehlende Straßenbäume zügig ersetzen und Möglichkeiten für weitere Baumpflanzungen prüfen

- Prioritätenliste für Spielplatzinstandsetzung in Kooperation mit privaten Spielplatzpatenschaften zügig abarbeiten, Ausstattung der Spielplätze auch im Hinblick auf die Inklusion verbessern
- Erhöhung des Etats für Spielplatzinstandsetzungen
- Wir betrachten die Friedrichsplatzanlage und den Wasserturm als ein Wahrzeichen Mannheims und erachten daher deren Zustand als besonders schützenswert.
- Nutzung der Wasserturmanlage und des Europaplatzes für bedeutende Veranstaltungen weiterhin in begrenztem Umfang ermöglichen und eine Veranstaltungskonzeption für diese Plätze vorlegen

Haushalts- konsolidierung

- Ökonomische Nachhaltigkeit soll das Leitbild für den städtischen Haushalt darstellen.
- Priorisierung der notwendigen Investitionen ist vor dem Hintergrund knapper Haushaltslagen notwendig. Unsere Prioritäten liegen bei Bildung, Digitalisierung, Klimaschutz und moderner Infrastruktur.
- Schuldenabbau als strategisches Ziel der Generationengerechtigkeit einführen, eine Verschuldungsquote definieren
- Überprüfung von Privatisierungen einzelner städt. Beteiligungen
- Eine Re-Kommunalisierung der MVV Energie AG lehnen wir ab.

Teil B – Infrastruktur

- Notwendigkeit und Umfang städtischer Aufgaben ist kritisch mit dem Ziel zu prüfen, Ausgaben zu reduzieren, z.B. bei städtischen Gasthäusern
- Mehr Transparenz über die städtischen Finanzen bezogen auf den Konzern, auf die Eigenbetriebe und auf die Kernverwaltung schaffen
- Eine Entschuldungsuhr für Mannheim aufstellen
- Konsequentes Abbauen von Doppelstrukturen z.B. in den städtischen Förderprogrammen
- Mittelfristig Rückkehr zu vier Bürgermeisterstellen
- Personalkosten in der Verwaltungsspitze reduzieren: Keine Dienst- und Werkverträge für hochbezahlte Beratungstätigkeiten am Gemeinderat vorbei beschließen
- Wir fordern eine Personal-

kostenbremse durch eine Begrenzung der Personalaufwandsquote auf 25% der städtischen Ausgaben.

- Anzahl von Gutachten von externen Beratern reduzieren und verstärkt die vorhandene Kompetenz in der Verwaltung nutzen
- Fortbildung der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter statt externe Moderatoren bei städtischen Veranstaltungen
- Wir fordern die Aufstockung der Landespolizei in Mannheim, um den mit weniger Kompetenzen ausgestatteten Besonderen Ordnungsdienst (BOD) sukzessive reduzieren zu können.
- Wir fordern bei neuen und laufenden Projekten eine konsequente Kostenkontrolle seitens der Verwaltung.

Infrastruktur

Siehe auch Kapitel Verkehr, ÖPNV und Mobilität

Siehe auch Kapitel Radverkehr

- Wir begrüßen, dass der neue Oberbürgermeister einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf der Auflösung des Sanierungsstaus bei Straßen, Brücken und Schulen sieht. Wir unterstützen ihn gerne auf diesem Weg.
- Ausbau der ICE-Schnellbahntrasse Frankfurt-Mannheim mit Ertüchtigung des Mannheimer Hauptbahnhofs weiter vorantreiben
- Wir begrüßen die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene. Beim geplanten Ausbau der Güterverkehrstrassen fordern wir optimalen Lärmschutz für die

Anwohner an Neubau- und Bestandsstrecken, eine Güterverkehrsumfahrung, damit nicht alle zusätzlichen Güterzüge über die Riedbahn geführt werden müssen, sowie eine Trog- oder Tunnellösung – wo immer möglich analog zu Offenburg und Planung Frankfurt.

- Lärmschutz ist Gesundheitsschutz. Deshalb muss Lärm bestmöglich reduziert werden.
- Ausbau und Optimierung des Radwegenetzes, indem Radwege verbunden werden und nicht einem Flickenteppich gleichen. Perspektivisch soll Mannheim eine Fahrradstadt werden.
- Die mittelfristige Dekarbonisierung aller städtischen Busse, um die Umweltbelastung zu reduzieren
- Park & Ride-Parkplätze an den Stadteingängen mit Umsteigemöglichkeit auf ÖPNV einrichten (z.B. an der neu zu gestaltenden B38)
- Dritte Rheinquerung zwischen Altrip und Neckarau endlich umsetzen, eine Tunnellösung erhöht die Akzeptanz der betroffenen Gemeinden!
- Die Stadtumfahrung Mannheims durch Bau der lange schon geprüften Westtangente von der A6 in Sandhofen über die Friesenheimer Insel bis zur Kurt-Schumacher-Brücke komplettieren, um Durchgangsverkehr aus der Stadt herauszuhalten
- Seilbahn zur Rheinquerung mindestens für die Zeit der Brückensanierung mit anschließender Evaluation
- Wir begrüßen, dass im Zuge der Konversion des Benjamin-Franklin-Villages jetzt auch die Stadteinfahrt B38 als Stadtstraße neugestaltet wird (frühere Verlangsamung des Verkehrs, weniger Parallels Spuren, dafür Attraktivierung).
- Unabdingbar dabei ist, dass der Verkehrsfluss auch künftig gewährleistet ist.
- Die Sanierung der Straßenführung, Entwässerung, des Parkraums im Sportpark Pfeifferswörth / Neckarplatt muss dringend umgesetzt werden.
- Umsetzung der 2. Stufe des S-Bahn-Ausbaus beschleunigen, um Verkehr auf der Straße zu reduzieren und Pendler zu unterstützen
- Staus mithilfe eines gemeinsamen Verkehrskonzeptes der Gesamtregion bekämpfen

Teil B – Infrastruktur

- Wir wollen, dass die Stadt weiterhin zugänglich für PKW bleibt.

Siehe auch Kapitel Verkehr, Mobilität und ÖPNV

- Zustandsbericht für öffentliche Immobilien wieder neu auflegen und nach Priorität sanieren
- Baustellenmanagement verbessern und Einführung eines transparenten Bauatlas an öffentlichen Flächen und Gebäuden, um Reparaturen und Leitungsbau besser zu koordinieren. Insbesondere muss ein funktionierendes Baustellenmanagement neben den stadteigenen Baustellen auch alle Baustellen der Leitungsträger (Wasser, Abwasser, Gas, Strom, Telekommunikation etc.), des ÖPNV und private Baustellen berücksichtigen, sofern sie mit Einschränkungen im

öffentlichen Raum einhergehen. Auch Zu- und Abfahrtswege zu Baustellen müssen berücksichtigt werden.

- stetige Veröffentlichung aller Sperrungen von Straßen, Geh- und Radwegen auf der
- Homepage der Stadt Mannheim, z.B. in den Kartendiensten im Geoportal der Stadt
- Frühzeitige und stadtteilbezogene Information der Anwohner bei Baumaßnahmen in der Nachbarschaft
- Information an Bauprojekten der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften über Vorhaben und Umfang verbessern, insbesondere auch über den Kostenrahmen, z.B. mit Verweis auf Internetseite über QR-Codes
- In allen Mannheimer Stadtteilen Errichtung öffentlicher,

barrierefreier Toiletten. Die Verantwortung für Pflege und Reinigung liegt beim Stadtraumservice. In großen oder weitläufigen Stadtteilen (z.B. Käfertal) müssen mehrere installiert werden (z.B. in Käfertal-Nord und Im Rott).

- Demografischen Wandel berücksichtigen – Überprüfung der vorgehaltenen Infrastruktur auf Barrierefreiheit und Bedarf (z.B. bei den Sportstätten, bei den Schulgebäuden oder Haltestellen)
- Unterführungen barrierefrei sanieren und besser beleuchten, um Angsträume zu beseitigen
- Bessere Anbindung des Lindenhofs an die Innenstadt, z.B. durch die dauerhafte Offenhaltung der Tunnelstraße („Suezkanal“) für alle Verkehrsteilnehmer und die Öffnung des Posttunnels

- Erhalt des City Airports Mannheim
- Ausschreibungen für legales Graffiti (z.B. mit Stadtteil-motiven oder Motiven der Stadtgeschichte)
- Öffentliche Pissoire mit Metallaußenverkleidung in den Ausgehmeilen installieren
- Weitere Trinkbrunnen auf öffentlichen Plätzen installieren, um Hitzetage für alle Bürgerinnen und Bürger erträglich zu machen.

Integration

- Wir lehnen jede Form von Rassismus, Extremismus, Queerfeindlichkeit und Antisemitismus ab.
- Mannheimer Aktionsplan für Toleranz und Demokratie leben

- Mannheim soll weiterhin ein offener Hafen für Geflüchtete bleiben. Dennoch erkennen wir an, dass die Kapazitäten der Stadt nicht unbegrenzt sind. Die Verwaltung der Stadt muss dahingehend massiv – auch mit Unterstützung von Bund und Land – gestärkt werden.
- Die administrative Bewältigung der vergangenen Aufnahmen von Geflüchteten muss systematisch aufgearbeitet werden, um mit zukünftigen Situationen besser umgehen zu können.
- Die private Aufnahme von Geflüchteten wollen wir zentral unterstützen.
- Gezielte Unterstützung für die Kinder von Zuwanderern durch mehr Lehrerstunden
Siehe auch Kapitel Bildung
- Wir wollen das Café Czernowitz als dauerhafte Anlauf-

stelle für Geflüchtete unterstützen.

- Unterstützungsfonds „Zuwanderung aus Südosteuropa“ erhalten
- Englische Sprachangebote in der Verwaltung sollen ausgebaut werden und Mehrsprachigkeit bei digitalen Verwaltungsangeboten sichergestellt werden. Für Nichtmuttersprachler soll ein flächendeckendes und regelmäßiges Angebot von Sprechstunden geschaffen werden.
- Unterstützung der (z.B. Sport-)Vereine als Orte der Begegnung und Integrationsbeschleuniger
- Der gegenseitige Austausch von migrantischen und nicht-migrantischen Vereinen soll weiterhin unterstützt werden.

- Unterstützung von Unternehmenseignern kleiner und mittlerer Unternehmen mit Migrationsgeschichte bei der Schaffung von qualifizierten Ausbildungsplätzen. Dies dient der Qualifizierung von Jugendlichen und der Integration gleichermaßen. Die Handwerkskammer ist nach unserer Auffassung ein geeigneter Ansprechpartner.

Siehe auch Teil A

- Wir begrüßen die neuen gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene, Einbürgerungen und Doppelpassregelungen besser zu ermöglichen, um Partizipation am politischen System auch auf kommunaler Ebene zu stärken.

Klinikum

- Das Klinikum Mannheim ist als Maximalversorger unerlässlich für eine optimale Gesundheitsversorgung für Mannheim und die Region. Es ist einer der größten Arbeitgeber der Stadt, hervorragend in Forschung und Lehre.
- Mannheim hatte bisher das einzige rein kommunale Universitätsklinikum Baden-Württembergs. Wie alle Kliniken ist es seit Jahren in einer finanziellen Schieflage, die auf Dauer nicht allein von der Kommune ausgeglichen werden kann.
- Um die Qualität der medizinischen Versorgung sowie von Forschung und Lehre dauerhaft zu sichern, begrüßen wir die Bereitschaft des Landes, sich finanziell stärker zu beteiligen. Nach über zwei

Jahren zäher Gespräche müssen die Verhandlungen, wie dies in einer Verbundlösung mit dem Klinikum Heidelberg konkret gestaltet werden kann, zügig vorangetrieben werden.

- Uns ist dabei wichtig, dass die Maximalversorgung für Mannheim und die Region gesichert bleibt. Einen Abbau von Betten und Personal sehen wir kritisch. Auch Forschung und Lehre müssen am Standort Mannheim zukunftsfähig aufgestellt bleiben. Klar definiert muss sein, in welchem Umfang sich das Land am Ausgleich des Defizits und an den dringend notwendigen Sanierungen und Neubauten beteiligt.
- Wir sehen in einem Verbund und langfristig in einer Fusion große Chancen für Mannheim und für die gesamte Gesundheitsregion Rhein-Neckar.

Kultur

Siehe auch Kapitel Nationaltheater

- Kultur-Leuchttürme der Stadt wie die Kunsthalle und die Reiss-Engelhorn-Museen (REM) auskömmlich finanzieren. Beim REM sind die Bedarfe in einer Organisationsuntersuchung deutlich aufgezeigt. Die bei der Kunsthalle zu niedrig angesetzten Betriebskosten sind bekannt.
- Einrichtungen der kulturellen Bildung wie Musikhochschule oder Popakademie sind Basis für ein vielfältiges Kulturleben in unserer Stadt. Neben den staatlichen Bildungseinrichtungen gehen gerade auch von privaten Anbietern wie Theater-, Film-, Kunstakademie und vielen weiteren wichtige Impulse aus, was wir ausdrücklich unterstützen.
- Wir wollen die freie Szene fördern durch ein größeres Angebot an Proberäumen, Bühnen und Ateliers, auch dezentral in den Stadtteilen. Ein Ziel ist eine Onlineplattform, in der freie Proberäume eingestellt werden können. Außerdem sind Freiflächen für Open-Air-Veranstaltungen (z.B. auf Spinelli) mit der nötigen Infrastruktur dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Das jährliche Schachern um jede Fläche ist nicht länger zumutbar.
- Wir fordern auch, die Honoraruntergrenzen in den Förderrichtlinien der Stadt zu verankern und das Förder volumen entsprechend zu erhöhen. Künstlerinnen und Künstler dürfen nicht unter Mindestlohn arbeiten müssen.
- Wir setzen uns für den Erhalt des Stadtfestes, Schlossfestes und von Aktionsmärkten in der Mannheimer Innenstadt ein.
- Kultur findet zu einem großen Teil in den Stadtteilen statt und sollte dort verstärkt gefördert werden. Wir begrüßen daher den angekündigten Fonds für die Ausrichtung von Festen im öffentlichen Raum.
- Das Projekt ALTER war eine soziokulturelle Aufwertung des Stadtteils. Wir begrüßen die Fortführung an neuer Stelle.
- Wir fordern die grundsätzliche Aufhebung der Sperrstunde für Clubs, Bars und Diskotheken in der Innenstadt. Ausnahmen sollen wie bisher üblich ausschließlich nach Prüfung durch die Ordnungsbehörde im Einzel-

Teil B – Metropolregion

fall genehmigt werden. Für Diskotheken und Clubs sind Sperrzeiten jedoch verzichtbar, da sie sich an geltende Lärmschutzregelungen halten müssen.

- Spontanpartys (sog. Raves) möchten wir legalisieren, solange geltende Lärmschutzregelungen eingehalten werden.
- Leerstehende Flächen müssen zur temporären Nutzung durch Clubs oder Ähnliches freigegeben werden können. Das muss vor allem unbürokratisch und flexibel gestaltet werden.

Metropolregion

- Gemeinsames Verkehrskonzept statt Kirchturmdenken
- Eines der Projekte der Zusammenarbeit in der Metropolregion ist die neue

Verkehrsflusssoftware, die auch die Stadt Mannheim intensiv nutzen sollte (z.B. zur Prüfung der Auswirkungen einer Seilbahnverbindung über den Rhein auf den Verkehrsfluss in der Region).

- Die erfolgreiche Zusammenarbeit in der Metropolregion beim Thema Windenergie sollte ausgeweitet werden auf ein gemeinsames Energiekonzept, denn Klimaschutz macht nicht an den Stadtgrenzen Halt.
- Zusammenschluss der regionalen Energieagenturen
- Bessere Kooperationen der kulturellen Einrichtungen, um Synergien zu nutzen
- Kooperationen bei Angeboten und Veranstaltungen, z.B. in den Bereichen Sport, Kinderbetreuung, Integration oder Angeboten für Senioren

- Unterstützung interkommunaler Zusammenarbeit (z.B. bei Gewerbegebieten)

Mittelstandspolitik

Siehe auch Kapitel Arbeitsmarkt

Siehe auch Kapitel Wirtschaft

- Gewerbesteuer- und Grundsteuer-Hebesätze senken zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Mannheim
- Keine weiteren Sondersteuern einführen, vorhandene auf Verhältnis Aufwand/ Ertrag und Notwendigkeit prüfen. Wir lehnen die neu eingeführte Bettensteuer ab.
- Abbau von Bürokratie und Ausbau von E-Government

(Effizienzsteigerung, Vereinfachung und mehr Transparenz von Verwaltungsprozessen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken)

- Förderprogramme speziell auf die Anforderungen der kleinen und mittleren Unternehmen ausrichten
- Förderung von Existenzgründungen, z.B. Ausbau des Kreatech-Programms
- Stadtteilzentren sanieren, modernisieren, Parkraum zur Verfügung stellen, um Attraktivität auch für Einzelhandel und Handwerk zu erhöhen
- Konkurrenz von Beschäftigungsförderungsprojekten und stadteigenen Betrieben und Dienstleistungen zur Privatwirtschaft schadet vor allem dem Handwerk und Gewerbe vor Ort und ist zu vermeiden.

- Kleine und mittlere Unternehmen beraten und bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen unterstützen
- Den besonderen Beratungsbedarf bei Arbeitgebern mit Migrationshintergrund berücksichtigen
- Beratungs- und Unterstützungsangebote für KMUs für die Herausforderung der ökologischen Transformation bündeln
- Gute Betreuung der Bestandsgewerbetreibenden, um diese am Standort zu halten.
- Der Handwerkerparkausweis der Metropolregion Rhein Neckar muss erhalten bleiben, da der Parkdruck massiv zugenommen hat.
- Zentrenkonzept strikt einhalten und an die Konversion anpassen

Siehe auch Kapitel Wirtschaft

Mobilität

Siehe Kapitel Verkehr

ÖPNV

Siehe Kapitel Verkehr

Radverkehr

- Sinnvolle Lückenschließung des Radwegenetzes
- Ausbau Radwegenetz, allerdings Vorrang für die Instandsetzung bestehender Radwege und Lückenschluss
- Weiterentwicklung des 21-Punkte-Programms zur Förderung des Radverkehrs
- Radschnellwege dort, wo ökologisch und verkehrstechnisch sinnvoll
- Komplette Öffnung der Fußgängerzone für den Radver-

kehr – angeglichen an die Zufahrt von LKWs von 20 bis 11 Uhr

- Um sicheren Radverkehr zwischen den universitären Einrichtungen zu ermöglichen, fordern wir eine echte Fahrradstraße parallel zur Bismarckstraße (d.h. zwischen A7/B7 und L14/M7).
- Verlängerung der Fahrradstraße zwischen Uni-Hauptbahnhof hinter den Schlossgebäuden
- Der Einrichtung von Fahrradstraßen geben wir Vorrang gegenüber der Errichtung von Radwegen auf großen Hauptverkehrsstraßen. Eine getrennte Verkehrsführung macht den Radverkehr sicherer (Vermeidung von Konfliktpunkten an Kreuzungen) und leichter vernetzbar.
- Weitere ganztägige Queerungsmöglichkeiten für den

Radverkehr in den Planken (z.B. vor und hinter Engelhorn auf den Kapuzinerplanken) und Querungsmöglichkeiten auf der Breiten Straße ausweiten

- Unsere Ziele sind die Erhöhung der Sicherheit von Fußgängern und Fahrradfahrern und die Lärminderung statt der pauschalen Einschränkung der Zugänglichkeit der Quadrate. Wir fordern daher maximal Tempo 30 auch in der Kunststraße und Fressgasse.
- Verstärkte Falschparkerkontrolle auf den Radwegen im Stadtgebiet
- Optimierung der Ampelschaltung für Radfahrer in der Innenstadt
- Ausweitung von VRNnextbike im Mannheimer Norden und Süden

- Schaffung von mehr, wenn möglich überdachten Fahrradabstellplätzen und abschließbare Fahrradboxen inklusive Ladeinfrastruktur bei Bedarfspunkten (z.B. an Straßenbahn-Endhaltestellen oder am Bahnhofsvorplatz)
- Nutzung des Lindenhofplatzes hinter dem Bahnhof für ebenerdige Fahrradabstellplätze

Seniorenpolitik

- Wir fordern ein selbstbestimmtes Leben im Alter, indem wir bauliche Barrieren, Informationsbarrieren und gesellschaftliche Barrieren abbauen.
- Barrierefreie Gestaltung des ÖPNV
- Potenziale von Seniorinnen und Senioren für die Gesellschaft heben, indem

sie mehr in Mehrgenerationenprojekte eingebunden werden

- Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit, z.B. Optimierung der Straßenbeleuchtung
- Förderung und Erstellung von Orientierungshilfen für Geh- und Sehbehinderte
- Bedarfsgerechtes Wohnungsangebot an Ein- bis Zwei-Zimmer-Wohnungen, barrierefreie Wohnung und Infrastruktur sind anzustreben

*Siehe auch Kapitel
Barrierefreiheit*

- Seniorengerechter Umbau im Bestand und im Quartier bei öffentlichen Gebäuden vorantreiben, im Privatbestand unterstützen durch unabhängige Beratung
- Erhalt der wohnungsnahen Versorgungsstrukturen durch konsequente Umsetzung des Zentrenkonzeptes

- Barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden, Sportstätten, Kulturinstitutionen
- Seniorenrat und AG Barrierefreiheit frühzeitig in Stadtentwicklungsprozesse und Seniorenbelange einbinden
- Ermöglichen der Teilhabe für Hilfsbedürftige, Seniorenfreizeiten zu erhalten
- Kostenfreie Beratung und Schulung von Ehrenamtlichen in der Seniorenpolitik, z.B. von Heimbeiräten
- Pflegestützpunkte bewerben
- Wir fordern, ein Gesamtkonzept für Angebote der offenen Seniorenarbeit gemeinsam mit den freien Trägern zu entwickeln, das die sich verändernden Bedürfnisse der Senioren in den verschiedenen Altersgruppen widerspiegelt, moderne Konzepte

generationenübergreifender Angebote prüft sowie wissenschaftliche Erkenntnisse der Gerontologie einbezieht.

- Ermöglichen der Teilhabe für ehrenamtlich Aktive

Sicherheit und Katastrophenschutz

- Der Brandschutzbedarfsplan ist umzusetzen, vor allem der Personalbedarf ist bei Weitem noch nicht gedeckt.
- Berufs- und Freiwillige Feuerwehr angemessen ausstatten
- Keine Qualitätsabstriche bei Neubau und Sanierung der Feuerwachen
- Wir unterstützen das neue Wachenkonzept mit der Ausweitung von Standorten aus

dem Brandschutzbedarfsplan heraus.

- Rettungsdienste unterstützen, z.B. durch Ausbildung von Berufsfeuerwehrlern als Rettungssanitäter und Notfallsanitäter, damit kurzfristige Hilfe an Unfallorten gewährleistet ist
- Die Landesregierung muss für eine Verbesserung der Personalsituation bei der Mannheimer Polizei sorgen, damit diese ihre originären Aufgaben wahrnehmen kann.
- Wir setzen uns für eine verstärkte landesübergreifende Zusammenarbeit zwischen Polizei, Zoll und BOD ein. Ziel dieser verstärkten Zusammenarbeit soll es sein, den Menschenhandel und Armutsausbeutung von Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitern in Mannheim wirksam zu bekämpfen.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Polizei ihre Präsenz in allen Stadtteilen verstärkt. Darüber hinaus halten wir am Konzept der Polizei der Sicherheitscontainer an Brennpunkten fest, um die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten und weiter zu stärken.
- Einsatz von Videoüberwachung nur an Kriminalitätsschwerpunkten, Polizeipräsenz hat Vorrang. Eine Ausweitung automatisierter Videoüberwachung lehnen wir ab. Die Speicherdauer sollte begrenzt und klar definiert sein.
- Die FDP Mannheim setzt sich für Kampagnen ein, um mehr Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund für den BOD und die Feuerwehr zu gewinnen. Dies soll durch gezielte Informations- und Aufklärungsangebote, das

Aufzeigen vielfältiger Karriereöglichkeiten und den Abbau bestehender Barrieren erreicht werden.

- Wir setzen uns für eine verstärkte Bekämpfung der organisierten Bettetei ein. Dazu gehört die enge Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden und die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger.
- Kommunale Umsetzung der Istanbul-Konvention (insbesondere im Hinblick auf Gewaltschutz für vulnerable Gruppen)
- Stadtweite Kampagnen zur Sensibilisierung für das Problem der verbalen sexuellen Belästigung („Cat-Calling“) sollen gefördert werden. Dies soll den Bürgerinnen und Bürgern helfen, verbale sexuelle Belästigung besser zu erkennen und anzusprechen.

- Ein Verbot der Sexarbeit halten wir nicht für zielführend, da es die bestehenden Herausforderungen nicht löst, sondern nur in die Illegalität treibt. Zur Verbesserung der Situation von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern setzen wir uns für die Fortführung und den Ausbau des bestehenden Beratungsangebots ein. Die Arbeit des städtischen runden Tisches zur Sexarbeit wird unterstützt. Bei der Stadt und den Einsatzkräften sollen zusätzliche Ansprechpartner für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter geschaffen werden.
- Schul- und Radwegesicherheit gewährleisten
- Klarere bauliche Trennung von Fahrradweg und Straße und Führung von Radwegen abseits der Hauptverkehrsstraßen (z.B. durch Einrichtung von mehr Fahrradstraßen).
- Angsträume in der Stadt identifizieren und entschärfen z.B. durch Beleuchtungskonzepte
- Zur Verbesserung des Stadtbildes, zur Erhöhung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Minimierung möglicher Gesundheitsrisiken fordern wir eine konsequente Stadtreinigung. Durch regelmäßige Reinigungsmaßnahmen und eine klare Kommunikation der Stadtreinigungsregeln sollen Sauberkeit und Ordnung in Mannheim gewährleistet werden.
- Es soll eine umfassende und nachhaltige Müllstrategie entwickelt werden. Diese umfasst Maßnahmen zur Abfallvermeidung, zur Verbesserung der Abfallbehandlung und -verwertung sowie zur effizienten Abfallentsorgung im öffentlichen Raum.

Sport

Siehe auch Kapitel Bäder

- Wir erkennen das hohe ehrenamtliche Engagement der im Sport engagierten Mannheimerinnen und Mannheimer an. Daher setzen wir uns weiterhin für eine auskömmliche Sportförderung im Spitzen-, im Breiten- sowie im vereinsungebundenen Sport ein.
- Sportförderung in mindestens gleichem Umfang erhalten
- Jugendförderung im Sport stärkt Gesundheitserhalt, soziales Miteinander, Gewaltprävention, Integration und Inklusion.
- Wir setzen uns für eine attraktive Bäderlandschaft zur Förderung von Bewegung und Gesundheit (z.B. des

- freien Schwimmens, des Vereins- und des Schulsports oder Schwimmkursangebot für Kinder) ein.
- Endlich ein Gesamtnutzungskonzept für das Herschelbad erarbeiten und umsetzen, das den wirtschaftlichen Betrieb einerseits und den Erhalt mindestens einer Schwimmhalle des Bades für breite Schichten der Bevölkerung zu moderaten Preisen (ggf. mit Public-Private-Partnership) andererseits gewährleistet. Den Vorschriften des Denkmalschutzes und der historischen Anmutung des Gebäudes ist auch bei der Innensanierung Rechnung zu tragen.
 - Sportstättenanierung, v.a. Brandschutzsanierung kontinuierlich abarbeiten
 - Wir setzen uns für eine maßvolle Ertüchtigung des Carl-Benz-Stadions ein, um den Spielbetrieb zu gewährleisten.
 - Die Gespräche der Vereine zu einem Sportpark Seckenheim positiv begleiten
 - Kommunale Sportevents erhalten und ggf. wieder aufleben lassen (z.B. Dämmermarathon, Inline-Events etc.)
 - Wir sprechen uns für die Möglichkeit für Sportvereine aus, sich an Mannheimer Schulen vorzustellen und den Schülerinnen und Schülern dadurch die Vielfalt der Sportarten aufzeigen zu können.
 - Die Gespräche der Vereine zur Otto-Bauder-Anlage in Mannheim Seckenheim positiv begleiten
 - Unterstützung der Vereine beim barrierefreien Umbau der Zugänge zu Sportstätten im Sinne der Inklusion
 - Städtische Sporthallen sollen zugänglich für den Leistungs- und Wettkampfsport in den Ferien sein und Hallenöffnungszeiten in die Abendstunden verlängert werden.
 - Wir setzen uns dafür ein, dass an Wettkämpfen teilnehmende Mannschaften in Mannheimer Sporthallen unbürokratisch übernachten können.
 - Wir befürworten die Durchführung von regionalen, nationalen und internationalen Sport- und Freizeitveranstaltungen in Mannheim. Wir setzen uns dafür ein, dass notwendige Auflagen erfüllt werden können, unterstützen Vereinen bei Sanierungen oder Vergrößerungen in diesem Sinne (z.B. für offizielle Spielfelder).

- Wir setzen uns für Mehrgenerationen-Sportanlagen in unseren Parks und Projekte wie „Sport im Park“ ein, denn sie bieten niederschwellige Bewegungsangebote für alle Altersklassen.

Stadt Mannheim als Arbeitgeber

- Den Stellenplan der Stadt Mannheim strikt einhalten und nicht durch Verschieben von Funktionsstellen (Beauftragte) in die städtischen Gesellschaften umgehen
- Im jährlichen Personalbericht sollen zusätzlich zu den ausbezahlten Überstunden die insgesamt angefallenen Überstunden (im laufenden Jahr und kumuliert) ausgewiesen werden.
- Gleichstellung gemäß Chancengleichheitsplan vorantrei-

ben, besonders auch in den Führungsebenen der Verwaltung und in den städtischen Gesellschaften

- Wir begrüßen es, Arbeitsbedingungen und Entgelte in den Mangelberufen zu optimieren, um konkurrenzfähig im Arbeitsmarkt zu sein.
- Flexible Arbeitsbedingungen und mobiles Arbeiten ist Standard in einer modernen Stadt.
- Ein- und Aufstiegschancen für Quereinsteiger erhöhen die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeber.
- Keine Dienst- und Werkverträge für hochbezahlte Beratungstätigkeiten am Gemeinderat vorbei beschließen

Stadtentwicklung und Konversion

Siehe auch Kapitel Infrastruktur

Siehe auch Kapitel Verkehr

- Ausreichend attraktive Neubau- und Erweiterungsflächen für Industrie, Gewerbe, Einzelhandel und Dienstleister vorhalten, um Unternehmen in der Stadt zu halten und neue zu gewinnen. Dabei ist das Zentrenkonzept strikt einhalten.
- Die Idee der Ingenieursmeile weiter entwickeln, um die innovative Bedeutung Mannheims von gestern bis heute zu verdeutlichen
- Eigenständige und lebendige Vororte erhalten, Stadtteilzentren fortlaufend sanieren

Teil B – Stadtentwicklung und Konversion

- Echte Bürgerbeteiligung bei Stadtentwicklung sicherstellen
- Tattersall sanieren und aufwerten, parallel zum Ausbau der Stadtbahnhaltestellen in diesem Bereich
- Unterführungen sanieren
- Aufwertung der Breiten Straße und der Nebenstraßen
- B38 umbauen zur Stadtstraße und aufwerten als Stadteingang. Der Verkehrsfluss muss gewährleistet bleiben.
- Das Smart-City-Konzept auf Franklin vollständig umsetzen inklusive Stadtbahnanbindung
- Grünzug Nordost als Frischluftschneise und pflegeextensiven Erholungsraum umsetzen
- Infrastruktur für Nahverkehr und Gemeinwesen (KiTa, Schulen, Sport usw.) in den Neubaugebieten Glücksteinquartier, Franklin und Spinnli-Bebauung zügig umsetzen
- Konzepte zur Sanierung und Modernisierung des Herzogenriedpark zügig umsetzen Evaluation, inwieweit die Implementierung des Gestaltungsbeirats die Bauqualität verbessert hat bzw. falls ja, zu welchem Preis
- Wir sind gegen die Sozialquote, denn diese schränkt Investitionen in den Wohnungsmarkt unnötig ein und führt dadurch zu einer weiteren Verteuerung von Wohnraum. Vielmehr setzen wir uns für einen Mix aus wohnungsbaupolitischen Instrumenten ein, z.B. Erleichterungen bei der Ausweisung von Bauland, Erhöhung der Eigentumsquote durch Förderung von Bestandsimmobilien, Ankauf von Belegungsrechten (d.h. die Stadt hat nach Ankauf das Recht, bestimmte Mietergruppen auszusuchen, um Sozialverträglichkeit zu gewährleisten) oder Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften.
- Bedarfsgerechten, bezahlbaren Wohnraum entwickeln in allen Segmenten und die im Vergleich mit dem restlichen Baden-Württemberg weit unterdurchschnittliche Eigentumsquote in Mannheim erhöhen
- Öffnung der Collini-Straße für beidseitige Verkehrsführung und Zugang zum Fluss in diesem Zuge attraktiver gestalten, indem die Straße zwischen Collini-Center und OEG Bahnhof entsiegelt wird
- Zugang zu den Flüssen schaffen, z.B. am Alten Messplatz oder im Bereich Collini-Center

- Umsetzung von Konzepten „Leben am Fluss“ wie z.B. Blau_Mannheim_Blau
- Stadtentwicklungsplan erstellen, der zukunftsgerichtet verschiedene Lebensaspekte wie „Wohnen-Arbeiten-Leben-Demographie-Barrieren abbauen“ zusammenführt
- Zur besseren Reinigung des Pflasters auf den neugestalteten Planken muss dieses festverfugt werden, damit professionelle Kehr- und Reinigungsmaschinen zum Einsatz kommen können.
- Die Sauberkeit auf den öffentlichen Plätzen der Innenstadt dringend verbessern
- Bei der Entwicklung neuer Wohngebiete darf der Stellplatzschlüssel nicht unter 1 liegen.
- Quartiersgaragen in den dicht besiedelten Quartieren

- Wir möchten eine möglichst dezentrale Unterbringung von Geflüchteten.

Tourismus

- Tourismus der Flusskreuzfahrtschiffe besser für Mannheim nutzen
- Flußufer attraktiver gestalten: Insbesondere bietet die anstehende Veräußerung des kleineren Collini-Turms (ehem. Technisches Rathaus) hier neue Chancen der Gestaltung von Infrastruktur am Wasser.
- Aufwertung der Rheinpromenade zwischen Konrad-Adenauer-Brücke und der Schiffsanlegestelle Viking River Cruises als attraktives Eingangstor zur Stadt Mannheim
- Auf grünen Achsen ins Quadrat: Der erste Eindruck,

den Touristen von Mannheim bekommen, soll durch Begrünung aller Zufahrtswege nach Mannheim, z.B. der B38 von Norden oder der Rheinbrücken von Westen, verbessert werden.

- Das Aufgabengebiet der Tourismus GmbH muss im Gemeinderat diskutiert und definiert werden.

Umwelt- und Klimaschutz

- Wir tragen lokal Verantwortung für Umwelt- und Klimaschutz. Wir stehen hinter unseren Klimaschutzzielen und dem 1,5 Grad Ziel im Pariser Klimaabkommen.
- Bei allen bisherigen und zukünftigen Verordnungen sollen weiterhin überprüft werden, ob es eine klimaschonendere Möglichkeit zu deren Umsetzung gibt.
- Optimierung des Fernwärmenetzes
Siehe auch Kapitel Energie
- Zusammenschluss der regionalen Energieagenturen
- Der kommunale Fuhrpark muss mittelfristig dekarbonisiert werden.
- Solarpaneele auf allen städ-

tischen Gebäuden, soweit technisch und wirtschaftlich möglich

- Fassaden- und Dachbegrünung durch die Stadt und städtischen Gesellschaften wie die GBG überall dort, wo es energetisch sinnvoll ist. Dabei haben für uns Solarpaneele Vorrang vor Dachbegrünung.
- Wärmedämmung und Energiesanierung an öffentlichen Gebäuden durchführen. Vorrang hat allerdings der Ausbau des dekarbonisierten Fernwärmenetzes.
- Ausbau und Optimierung des Radwegenetzes. Bessere Verbindung der einzelnen Stadtteile miteinander.
- Binnen- vor Außenentwicklung: Flächenrecycling, z.B. von Konversionsflächen und Industriebrachen, vorrangig vor Neuausweisung von Bauflächen

- Erhalt und Schaffung von Freiflächen und Frischluftschneisen, z.B. im Rahmen des Grünzugs Nordost

Siehe auch Kapitel Stadtentwicklung

- Prüfung der Entsiegelung öffentlicher Plätze im Stadtgebiet, insbesondere in den Quadraten (z.B. bei der Platzgestaltung T4)
- Konsequente Sanktionierung und Rückbau verbotener Schottergärten, die nach 2020 entstanden sind
- Aufstockung von Bestandsimmobilien als Möglichkeit der Nachverdichtung im Innenstadtbereich verstärkt nutzen
- Grünpflegepatenschaften fördern
- Ausgleichspflanzungen von Bäumen in den Stadtteilen umsetzen, in denen Fällge-

- nehmigungen erteilt wurden
- Das Volumen an Luftaustausch durch Bäume muss erhalten oder besser noch weiter erhöht werden. Das heißt, dass die Pflanzung eines einzigen jungen Baumes als Ersatz nicht ausreicht, wenn ein alter, großer Baum gefällt werden muss.
- Mehr Transparenz zur Anlage und Umsetzung von Ausgleichspflanzungen
- Die Sanierung des Rhein-Hochwasserdamms durch Stadt und Land muss mit einer Hochwasserschutzwand ohne massenhafte Baumfällung durchgeführt werden.
- Kein Eingriff in Landschaftsschutzgebiete durch Bodenversiegelung und Lichtverschmutzung in Form „ökologischer“ Radschnellwege
- Gewachsene Kleingartenanlagen sind ein Bestandteil von Naturerhalt und Artenvielfalt. Wir fordern die Ausweisung weiterer Kleingartenanlagen.
- Geeignete Wildblumenmischungen auf öffentlichen Grünflächen als Nahrungsquelle für bestäubende Insekten anpflanzen
- Urban-Gardening in Kooperation mit Stadtteilvereinen und Bildungseinrichtungen im Stadtgebiet fördern
- Einführung eines digitalen Parkleitsystems in der Innenstadt und der direkten Umgebung
- Bau der Westtangente, um insbesondere die Innenstadt und den Jungbusch von Lärm, Feinstaub und Stickoxiden zu entlasten
- Konsequenzen aus Lärmatlas ziehen und notwendige Maßnahmen (z.B. Lärmschutzwände und -Fenster, Geschwindigkeitsreduzierungen oder Begrünung) zügig umsetzen
- Bestehende Lärmschutzwände begrünen
- Mehr Mülleimer mit Zigarettenentsorgungsmöglichkeit – insbesondere in Parks
- Kleinere Mengen Sondermüll (z.B. E-Zigaretten) sollen auch in der Innenstadt entsorgt werden können. Beispielsweise fordern wir eine zentrale Rücknahme von Sperrmüll und Sondermüll beim wöchentlichen Hauptmarkt in G1.
- Optimierung des Sperrmüllmanagements zur Vermeidung von wilder Müllablagerung, ggf. Wiedereinführung fester Sperrmülltermine

Vereine

Siehe Kapitel Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement

Verkehr, ÖPNV und Mobilität

Siehe auch Kapitel Infrastruktur

- Ein modernes Verkehrskonzept für die Innenstadt berücksichtigt gleichzeitig die Interessen des Handels, der Einkaufenden, der in der Innenstadt Arbeitenden und der Anwohnerinnen und Anwohner. Das Ziel muss es sein, die Aufenthalts- und Lebensqualität zu verbessern, Mobilitätsformen nicht auszuschließen und mit Klima- und Strukturwandel in Einklang zu bringen. Alle

Veränderungen des bisherigen Verkehrskonzepts sollten ausführlich getestet und von unabhängiger wissenschaftlicher Seite begleitet werden. Konkret können wir uns die folgenden Maßnahmen vorstellen:

1. Alle Zufahrten zu den Parkhäusern müssen uneingeschränkt erreichbar bleiben. Wir möchten zusätzlich Park&Ride-Angebote (z.B. beim Maimarkt oder am Technoseum und bei Franklin) stärken
2. Wir wollen die Strahlkraft der Innenstadt als Einkaufsmagnet stärken. Dazu muss die Innenstadt weiterhin auch mit dem Auto erreichbar sein. Abkürzungs- und Durchgangsverkehr durch die Quadrate wollen wir aber unterbinden, um die Aufenthalts- und Lebens-

qualität zu erhöhen. Wir möchten:

- prüfen, ob die Durchfahrt an der hinteren Marktstraße am Marktplatz vorbei (zwischen Tiefgarageneinfahrt und -ausfahrt) zur Fußgängerzone umgewandelt werden kann,
 - die Brückenauffahrt nach Ludwigshafen am Ende der Fressgasse schließen,
 - das Teilstraßenstück vor dem Stadthaus in N1 (d.h. vor dem Rewe) zur Fußgängerzone umwandeln und
 - das Teilstraßenstück bei M4/M4a sperren und den Parkplatz mit dem alten Baumbestand zur öffentlichen Grünfläche umgestalten.
3. Anwohnerparken in der Innenstadt bis auf die

- Kurzzeitplätze in der Kunststraße und Fressgasse generell ausweiten, damit mehr Parkraum für Anwohnerinnen und Anwohner besteht und die Besucherinnen und Besucher die Parkhäuser benutzen.
4. Um sicheren Radverkehr zwischen den universitären Einrichtungen zu ermöglichen, fordern wir eine echte Fahrradstraße parallel zur Bismarckstraße (d.h. zwischen A7/B7 und L14/M7).
 5. Unsere Ziele sind die Erhöhung der Sicherheit von Fußgängern und Fahrradfahrern und die Lärminderung statt der pauschalen Einschränkung der Zugänglichkeit der Quadrate. Wir fordern daher maximal Tempo 30 in der Kunststraße und Fressgasse.
 6. Wir fordern, die Schnellladepunkte insbesondere in der Innenstadt auszuweiten, um eine klimafreundliche Anreise in die Innenstadt zu ermöglichen.
 - Die Realisierung der Westtangente zur Entlastung der Innenstadt vom Durchgangsverkehr bleibt weiterhin ein Ziel der FDP Mannheim.
 - Wir möchten bauliche Schutzkonzepte gegen Poser (z.B. Geschwindigkeitsampeln) verstärkt prüfen und an der „SOKO Poser“ festhalten. Wir engagieren uns ebenso für die Zulassung von Lärmblitzern.
 - Mehr Mittel für Straßen- und Brückensanierungen sind notwendig.
 - Wir setzen uns für einen Sonderfonds für die Beseitigung von Schlaglöchern auf Auto- und Fahrradstraßen ein.
- Für uns dient Geschwindigkeitsüberwachung der Sicherheit und nicht der Sanierung kommunaler Finanzen.
 - Wir fordern eine verstärkte Geschwindigkeitskontrolle vor Schulen und Kindergärten.
 - Wir sind für intelligente Ampeln und Verkehrsleitsysteme.
 - Mannheim und die Metropolregion Rhein-Neckar benötigen eine bessere Versorgung mit Elektroschnellladepunkten und Wasserstofftankstellen im öffentlichen Raum.
 - Wir fordern, die Schnellladepunkte insbesondere in der Innenstadt auszuweiten, um eine klimafreundliche Anreise

in die Innenstadt zu ermöglichen.

- Wir fordern den Ausbau der Stromverteilnetze, um mehr private Elektroladepunkte zu ermöglichen.
- Die Ergebnisse aus dem Pilotprojekt Gehwegparken möchten wir zügig umsetzen, damit Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmende ausreichend Raum erhalten. Bei ausreichendem Raum soll Gehwegparken ausgewiesen werden.
- Schad- und Lärmbelastung muss reduziert werden. Hierfür braucht es Umgehungsstraßen, aber auch neue Verkehrsmittel (z.B. Seilbahnen, Elektrobusse, Fips-Shuttle oder Fährverbindungen).
- Den Luftlinientarif im ÖPNV unterstützen wir ausdrücklich.
- Neu anzuschaffende Busse

sollen grundsätzlich nur noch emissionsfreie Antriebssysteme haben.

- Alle neu anzuschaffenden Busse, Bahnen und Straßenbahnen sollen mit USB-Steckdosen ausgestattet sein.
- Wir setzen uns für eine einheitliche Mobilitäts-App des gesamten ÖPNV ein.
- Wir wollen die Taktung der Straßenbahnlinien, insbesondere der Straßenbahnlinie 5, in den Nachtstunden auf mindestens einmal pro Stunde zur Anbindung in der Metropolregion erhöhen.
- Wir sehen den Bedarf einer S-Bahn Haltestelle zwischen Hauptbahnhof und Bahnhof Neckarau im Bereich der Hochschule Mannheim.
- Ausbau Radwegenetz, allerdings Vorrang für die

Instandsetzung bestehender Radwege und Lückenschluss

*Siehe auch Kapitel **Infrastruktur, Radverkehr und Umwelt- und Klimaschutz***

- Schaffung von mehr, wenn möglich überdachten Fahrradabstellplätzen und abschließbare Fahrradboxen inklusive Ladeinfrastruktur bei Bedarfspunkten (z.B. an Straßenbahn-Endhaltestellen oder am Bahnhofsvorplatz)
- Wir unterstützen ausdrücklich das Nutzen von E-Scootern und sehen diese als eine gleichberechtigte Mobilitätsform an. Dort, wo im öffentlichen Raum Nutzungskonflikte zwischen den Verkehrsteilnehmern auftauchen, muss die Aufteilung der Nutzung des öffentlichen Raums definiert werden.
- Zügige Umsetzung des Lärmschutzplans, neue

Unsere Vorschläge zur Entlastung
der Stadt von Durchgangsverkehr und Lärm



Lärmschutzkonzepte im Bereich der Riedbahnstrecke prüfen

- Kein ICE-Bypass: ICE-Schnellbahntrasse FRA-MA zwingend über den Hauptbahnhof Mannheim und Trassenführung im Bereich des definierten Untersuchungskorridors
- Als zweitgrößter Binnenhafen Europas ist der Mannheimer Hafen ein wichtiger Infrastrukturbestandteil Mannheims, weshalb sein Ausbau nicht behindert werden sollte.
- Erhalt des City-Flughafens für Personal- und Warentransport der mittelständischen Wirtschaft der Metropolregion Rhein-Neckar (z.B. medizinische Notfalltransporte)
- Sichere Mobilität mit jedem Verkehrsmittel ist anzustreben.

- Wir wollen Frauennachttaxis weiter fördern und für andere vulnerable Gruppen wie nicht-binäre Personen öffnen.

Vielfalt, Toleranz und Diversität

- Wir unterstützen das Mannheimer Bündnis für Vielfalt und Toleranz, weshalb wir dessen Erklärung mitunterzeichnet haben.
- Unser Anliegen ist eine offene, tolerante und freie Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen persönlichen Lebensweg frei gestalten und gehen kann.
- Sicherheit für queere Menschen in Mannheim stärken (z.B. Fortführung eines expliziten Fragenkatalog in den nächsten Sicherheitsbefragungen)

- Bestehende Angebote zu sexueller Gesundheit und Selbstbestimmung (z.B. Checkpoint-Strukturen oder das STI Testangebot) fortführen
- Jugendtreff und Bildungsveranstaltungen des Queeren Zentrums Mannheim (QZM) finanziell fördern
- Öffentliche Wahrnehmung von queeren Menschen in Mannheim stärken, z.B. die weitere städtische Unterstützung des CSD, und sie im Stadtmarketing stärker sichtbar machen
- Schulen dabei unterstützen, die sexuelle Vielfalt in Schulen sichtbar zu machen (z.B. durch die weitere Unterstützung der Angebote von Beratungsstellen)
- Bei Neubauten und Sanierungen soll die Stadt möglichst auch Unisextoiletten einplanen

- Weder Verbot noch Zwang zur Verwendung inklusiver Sprache

Wirtschaft

- Der Fachkräftemangel ist heute die größte Herausforderung für die Wirtschaft. Wir begrüßen alle Maßnahmen, die dem entgegenwirken.
Siehe auch Arbeitsmarkt und Fachkräfte
- Gewerbesteuer- und Grundsteuer-Hebesätze senken zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Mannheim
- Bestehende Cluster und Netzwerke (z.B. Biotechnologie, Medizintechnik und Musikwirtschaft) ausbauen
- Wir fordern, weiterhin alle verkaufsoffenen Sonntage in der Innenstadt zuzulassen, die der Handel beantragt.
- Investitionsstau lösen: Planung und Ausführung effizienter gestalten, z. B. bei der Modernisierung der Infrastruktur.
- Bürokratie abbauen, z.B. fordern wir:
 - Anmeldeverfahren statt Genehmigungsverfahren
 - Einheitliche Antragsverfahren in der Metropolregion
 - Grundsätzlich digitale Antragsverfahren
- Die Verwaltung hat – außer bei besonders aufwändigen Verfahren – maximal 90 Tage Zeit, einen Antrag zu genehmigen, um bspw. Unternehmensgründungen oder -erweiterungen und Bauvorhaben zu beschleunigen. In jedem anderen Fall gilt ein Antrag – sofern rechtlich möglich – als genehmigt. Heute schafft es die Stadt Mannheim nicht einmal, die gesetzlichen Fristen einzuhalten.
- Neue kommunale Regelungsvorhaben vor Verabschiedung immer auf ihre Bürokratiekosten für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen untersuchen
- Wirtschaftsförderung generell auf Zielsetzung, Effizienz und Zielerreichung überprüfen
- Die Wirtschaftsförderung soll Unternehmen bei der Gewinnung von internationalen Fachkräften unterstützen, z. B. durch bessere Nutzung von Netzwerken in Mannheims Partnerstädten und bei der Ankunft hier vor Ort.
- Die Wirtschaftsförderung soll auch verstärkt kleinen und mittelständischen Handwerksbetrieben zugutekommen.

- Beschäftigungsförderungsprogramme mit der Privatwirtschaft abstimmen und vernetzen: Die Stadt darf nicht in Konkurrenz treten mit der Privatwirtschaft.
- Bedeutung der dualen Ausbildung, der Wissenschaft, des Hochschulstandortes, der Fachhochschule, der Kinderakademie, der Dualen Hochschule und von Stipendien für die Wirtschaft generell hervorheben.
- Die Stadt, die Hochschulen und Unternehmen sollen intensiver in Dialog treten. Das Ziel muss es sein, mehr Studierende für Arbeitgeber in der Region zu begeistern und langfristig hier zu halten. Das kann durch die Einbeziehung von lokalen Arbeitgebern bei Karrieremessen, Gastvorträgen, größeren Veranstaltungen oder Wer-

bemöglichkeiten geschehen.

- Duale Studienmodelle, bei denen junge Menschen parallel einen Berufsabschluss und einen Hochschulabschluss erwerben können, machen die Ausbildung attraktiver und unterstützen Ausbildungsbetriebe bei der Fachkräftegewinnung. Dies finden wir gut.
- Initiative „Spurwechsel Mannheim“ (Beratungsstelle für Studienabbrecher) besser bewerben
- Zentrenkonzept konsequent umsetzen und an Konversion anpassen

Wissenschaft

- Die Exzellenz unserer wissenschaftlichen Einrichtungen (Universität, Hochschulen, Bildungsakademie der Bundeswehr und des

Handwerks) ist ein wertvoller Standortfaktor unserer Stadt.

- Wir setzen uns für eine stärkere Kooperation zwischen Hochschulen und der Stadt in der Forschung ein, insbesondere bei der Bereitstellung von Daten.
- Wir begrüßen die Bereitstellung der Erweiterungsflächen für die Universität Mannheim und unterstützen sie bei ihren Erweiterungsvorhaben.
- Medizintechnische Fortentwicklung der Universitätsmedizin in Mannheim weiter stärken: Hier müssen Voraussetzungen erfüllt werden, sodass medizintechnische Unternehmen die Möglichkeiten haben, sich im Umfeld der Universitätsklinik niederzulassen, um eine optimale Kooperation zu gewährleisten.

Wohnen und Mieten

- Maßnahmen ergreifen, um Wanderungsverluste ins Umland zu vermeiden (z.B. Anpassung der Vergabekriterien für städtische Baugrundstücke, weniger Reglementierung in Bebauungsplänen)
- Die GBG ist der wichtigste Partner der Stadt für bezahlbaren Wohnraum. Deshalb darf die GBG nicht immer weiter mit wohnungsfremden Bauaufgaben belastet werden (Strandbad, Marchivum, Technisches Rathaus, neuer Grünhof auf Spinelli u. Ä.). Hier sind in den letzten Jahren mehr als 200 Millionen Euro in städtische Hochbauten statt in den Wohnungsbau geflossen. Dieser Trend muss gestoppt werden.
- Das Engagement der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBG zur Beibehaltung unseres moderaten Mietpreisniveaus in Mannheim unterstützen wir ausdrücklich.
- Auch Einfamilienhäuser in Bebauungsplänen ermöglichen und auch barrierefreie Wohnungen (Miet- oder Eigentum) in Bebauungsplänen festschreiben
- Wir setzen uns für ein Leerstandskataster zur Bündelung aller notwendigen Informationen über leerstehende Immobilien unter Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung, Eigentümern und Immobilienwirtschaft ein.
- Wir begrüßen private Initiativen für neue Wohnformen, z.B. die Gründung von Wohnungsgenossenschaften, um den Herausforderungen des demographischen Wandels zu begegnen (Generationen- und Seniorenhäuser sowie Pflege-WGs).
- Die soziale Durchmischung in Wohngebieten sollte nach unserer Ansicht nicht durch eine starre Sozialquote realisiert werden. Vielmehr setzen wir uns für einen Mix aus wohnungsbaupolitischen Instrumenten ein, z.B. Erleichterungen bei der Ausweisung von Bauland, Erhöhung der Eigentumsquote durch Förderung von Bestandsimmobilien, Ankauf von Belegungsrechten (d.h. die Stadt hat nach Ankauf das Recht, bestimmte Mietergruppen auszusuchen, um Sozialverträglichkeit zu gewährleisten), Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften.
- Mehr Stadtsanierungsgebiete, in denen Investitionen in die Wohnungs- und Hausbestände besser steuerlich ab-

Teil B – Wohnen und Mieten

geschrieben werden können

- Bestandsoptimierung und Modernisierung erreichen
- Eine Übererfüllung der städtischen Förderrichtlinien über bestehende energetische Standards gemäß Bundesgesetzgebung – auch bei städtischen Bauten – lehnen wir ab, da die Mehrkosten in keinem Verhältnis zur Energieeinsparung mehr stehen und ökonomisch nicht mehr darstellbar sind – mit der Folge, dass dadurch weniger gebaut und modernisiert wird.
- Wir wollen die städtische Subvention für die Fassadenbegrünung abschaffen, um doppelte Subventionen (z.B. durch gleiche Programme der KfW) zu reduzieren.
- Ein neues städtisches För-

derprogramm zur Aufstockung oder zum Ausbau von ungenutzten Dachspeichern und -böden

- Wir wollen die Zweitwohnsitzsteuer abschaffen.

Teil C

Stadtteile stärken

Lebendige und eigenständige Stadtteile tragen zur Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und zur Steigerung der Lebensqualität in Mannheim bei.

Nachstehend finden Sie daher eine Auswahl unserer Forderungen und Maßnahmen zur Stärkung der Stadtteile.

Almenhof

- Aufwertung der Sport- und Grünanlage „48er-Platz“ zum Beispiel durch einen
- barrierefreien Abgang
- Gestaltung der Grünfläche „Ehemalige Gärtnerunterkunft“ am „48er-Platz“
- Lösungen für die Parkplatzprobleme beim Gehwegparken beispielweise durch
- Versuchszone zu „Shared-Space“ statt nur Poller (Mannheimer Pfosten)
- Sanierung besonders heruntergekommener Straßen, z.B. der August-Bebel-Straße
- oder der Niederfeldstraße
- Umsetzung des Spielplatzkonzeptes inkl. Barrierefreiheit
- Mehr Kita-Plätze schaffen! Der Almenhof ist besonders schlecht mit Plätzen

- versorgt, da einige Projekte von freien Trägern abgebrochen wurden.

Blumenau

- Landwirtschaft im Stadtgebiet wertschätzen statt erschweren (Bauen im Außenbereich, bürokratische Hürden abbauen)
- Lärmschutz entlang der Riedbahn verbessern

Feudenheim

- Aufnahme weiterer Kinderbetreuungseinrichtungen in den Bedarfsplan, da konstant hohe Nachfrage im Stadtteil nach verlängerten Betreuungszeiten besteht
- Abarbeitung des Sanierungsstaus bei der Mehrzahl der Straßen in Alt-Feudenheim

- Lärmschutz an der A6 und der Feudenheimer Hauptstraße erhöhen
- Verkehrssicherheit und Attraktivierung des Sportparks Pfeifferswörth vorantreiben und Infrastruktur ertüchtigen (Optimierung Straßenführung, Straßensanierung, Beleuchtung, Parkraum und Entwässerung)
- Spielplätze bedarfsgerecht instand setzen und gegebenenfalls Patenschaften akquirieren
- Den Bau des zentralen Grünhofs auf Spinelli lehnen wir weiterhin ab.
- Dauerhafte Unterstützung der Feudenheimer Kerwe als zweitgrößtes Fest in Mannheim durch Erlass/Reduzierung städtischer Gebühren z.B. für Absperrungen und Mülltonnen

- Einzäunung von Wiesenflächen aus artenschutzrechtlichen Gründen (nur bei Nachweis von Brutpaaren) so gering wie möglich halten und westlich der Völklinger Achse konzentrieren
- Erhalt des Kulturdenkmals ehem. „Goldener Hirsch“ (Ecke Hauptstraße 39)
- Ersatzpflanzungen entfernter Bäume in der Feudenheimer Hauptstraße umsetzen, um den Alleecharakter wieder herzustellen
- Keine Bewohnerparkzonen etablieren
- Die Eventlocation in der U-Halle auf ein vernünftiges Maß begrenzen
- Größere Unterstützung der Inklusionsarbeit an der Feudenheimer Realschule, u.a. durch mehr Schulsozialarbeit und barrierefreier Gestaltung der Unterrichtsräume
- Verkehrsberuhigung und Umbau der Sankt-Peter-und-Paul-Straße als Shared-Space zur Erhöhung der Sicherheit der Schülerinnen und Schüler sowie zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität.
- Wellenholzbänke und Müll-eimer entlang der Völklinger Achse mit Blickrichtung Au durchgehend vom Bereich Wingertsbuckel bis Spinnelli-Nord aufstellen
- Wohnmobil- bzw. Wohnwagenparken im öffentlichen Bereich vorortweit eindämmen, insbesondere in der Spessartstraße
- Prüfung der Möglichkeit, Quartiersgaragen zu errichten, um dem Parkdruck im Ortsteil zu begegnen, da im Altbestand viele Anwohnerinnen und Anwohner ihre Fahrzeuge nicht auf dem eigenen Grundstück unterbringen können
- Radschnellweg Spessartstraße verkehrssicher ausgestalten und Gefährdungen durch Zielkonflikte Radwegenutzer/Schüler- und Kleinkindverkehre planerisch vermeiden
- Sanierung bzw. barrierefreier Neubau der öffentlichen Toiletten gegenüber der RNV-Haltestelle Kirche
- Sanierung der Kulturhalle Feudenheim zeitnah umsetzen
- Sanierung oder Ersatzneubau des Jugendtreffs Feudenheim inklusive Außenbereich unter Einbeziehung der Jugendlichen
- Senkung der Gebühren für die Nutzung städtischer Plätze (z.B. Rathausplatz) für Veranstaltungen gemeinnütziger Vereine

Teil C – Franklin

- Sicherstellung des verlässlichen 10 Minuten-Taktes der Linie 2 durch mehr Ausbildung von Zugführern
- U-Halle mittel- bis langfristig, wie in den ursprünglichen Planungen vorgesehen, vollständig zurückbauen. So kann die ursprünglich geplante Frischluftschneise in ihrer maximalen Breite entstehen und die zu erwartenden hohen Unterhaltskosten für die U-Halle werden vermieden.
- Parkplätze nicht weiter reduzieren und Alternativen zum Gehwegparkverbot prüfen

Franklin

- Die Nahversorgung im Quartier herstellen, u.a. für ausreichend Briefkästen sorgen, ohne den Ortskern Käfertal zu schwächen (Zentrenkonzept)

- Prüfen, ob öffentliche Toiletten in Nähe des großen Franklin-Spielplatzes möglich sind

Friedrichsfeld

- Wir unterstützen die Aufwertung des Ortskerns von Friedrichsfeld, insbesondere die durch Bürgerbeteiligungen begleiteten Gestaltungen der Stadtteilplätze sowie die Stärkung des Stadtteils als Wohn- und Gewerbestandort.

Gartenstadt

- Sanierung des Carl-Benz-Bads zügig umsetzen
- Dringend notwendige Straßensanierungen angehen
- Frühere Einbeziehung der Bürgervereine in Entscheidungsprozesse

- Herzogenried und Wohlgelegen
- Barrierefreie Toiletten im Zuge des weiteren Ausbaus des Sportparks Pfeifferswörth errichten
- Wir unterstützen den Ausbau des Sportparks im Pfeifferswörth und fordern dabei eine enge Abstimmung mit den dortigen Vereinen.
- Wir fordern den Erhalt der gebührenfrei und ohne Zeitlimit nutzbaren Parkplätze im Sportpark Pfeifferswörth, damit die dort angesiedelten Sportvereine für die Besucher ihrer Sportveranstaltungen, die ein Publikum aus ganz Süddeutschland nach Mannheim führen, benötigen.
- Wir fordern die Rücknahme der eingeführten Parkraumbewirtschaftung für den Sportparks Pfeifferswörth.

- Wir fordern im Herzogenriedpark die kurzfristige Versetzung des Wasserspielplatzes und die Sanierung des Kiosks.

Hochstätt

- Angsträume durch bessere Beleuchtung bei den Zugängen zum Bahnhof abbauen
- Zugang zu den Bahnsteigen barrierefrei gestalten
- Optimierung des Sperrmüllmanagements zur Vermeidung von wilder Müllablagerung
- Parkplätze nicht weiter reduzieren und Alternativen zum Gehwegparkverbot prüfen

Innenstadt

- Aufstellung leicht zugänglicher Sammelbehälter für

Einweg- und Mehrweggetränkeflaschen, damit diese für Flaschensammler nicht mehr auf die Straße gestellt werden müssen und kaputtgetreten werden können

- Ein modernes Verkehrskonzept für die Innenstadt berücksichtigt gleichzeitig die Interessen des Handels, der Einkaufenden, der in der Innenstadt Arbeitenden und der Anwohnerinnen und Anwohner. Das Ziel muss es sein, die Aufenthalts- und Lebensqualität zu verbessern, Mobilitätsformen nicht auszuschließen und mit Klima- und Strukturwandel in Einklang zu bringen. Alle Veränderungen des bisherigen Verkehrskonzepts sollten ausführlich getestet und von unabhängiger wissenschaftlicher Seite begleitet werden. Konkret können wir uns die folgenden Maßnahmen vorstellen:

1. Alle Zufahrten zu den Parkhäusern müssen uneingeschränkt erreichbar bleiben. Wir möchten zusätzlich Park&Ride-Angebote (z.B. beim Maimarkt oder am Technoseum und bei Franklin) stärken.
2. Wir wollen die Strahlkraft der Innenstadt als Einkaufsmagnet stärken. Dazu muss die Innenstadt weiterhin auch mit dem Auto erreichbar sein. Abkürzungs- und Durchgangsverkehr durch die Quadrate wollen wir aber unterbinden, um die Aufenthalts- und Lebensqualität zu erhöhen. Wir möchten:
 - prüfen, ob die Durchfahrt an der hinteren Marktstraße am Marktplatz vorbei (zwischen Tiefgarageneinfahrt und -ausfahrt) zur Fußgänger-

Unsere Vorschläge zur Verbesserung des Verkehrs in der Innenstadt

- Umwandlung der Marktstraße am Marktplatz G1 zur Fußgängerzone (zwischen Tiefgarageneinfahrt und -ausfahrt)
- Schließung der Brückenauffahrt nach Ludwigshafen am Ende der Fressgasse
- Umwandlung der Straße vor dem Stadthaus N1 zur Fußgängerzone
- Umgestaltung des Parkplatzes in M4a sowie der Straße zwischen M4 und M4a zur Grünfläche
- Einrichtung einer Fahrradstraße parallel zur Bismarckstraße (zwischen den Quadraten A/B und L/M)



gerzone umgewandelt werden kann,

- die Brückenauffahrt nach Ludwigshafen am Ende der Fressgasse schließen,
 - das Teilstraßenstück vor dem Stadthaus in N1 (d.h. vor dem Rewe) zur Fußgängerzone umwandeln und
 - das Teilstraßenstück bei M4/M4a sperren und den Parkplatz mit dem alten Baumbestand zur öffentlichen Grünfläche umgestalten.
3. Anwohnerparken in der Innenstadt bis auf die Kurzzeitplätze in der Kunststraße und Fressgasse generell ausweiten, damit mehr Parkraum für Anwohnerinnen und Anwohner besteht und die Besucherinnen und Besucher die Parkhäuser benutzen.

4. Um sicheren Radverkehr zwischen den universitären Einrichtungen zu ermöglichen, fordern wir eine echte Fahrradstraße parallel zur Bismarckstraße (d.h. zwischen A7/B7 und L14/M7).
 5. Unsere Ziele sind die Erhöhung der Sicherheit von Fußgängern und Fahrradfahrern und die Lärminderung statt der pauschalen Einschränkung der Zugänglichkeit der Quadrate. Wir fordern daher maximal Tempo 30 in der Kunststraße und Fressgasse.
 6. Wir fordern, die Schnellladepunkte insbesondere in der Innenstadt auszuweiten, um eine klimafreundliche Anreise in die Innenstadt zu ermöglichen.
- Konsequentes Vorgehen gegen Falschparken auf Radwegen und in Kreuzungsbereichen, insbesondere um Rettungswege freizuhalten
 - Stadtbäume in der Innenstadt besser pflegen und insbesondere Jungbäume in den ersten Jahren im Sommer konsequent mit Wasser versorgen
 - Öffentliche Grünflächen häufiger von Müll reinigen und von zu hohem Bewuchs mit Büschen freihalten, um das Verstecken von Drogen einzudämmen
 - Optimierung des Sperrmüllmanagements zur Vermeidung von wilder Müllablagerung, ggf. Wiedereinführung fester Sperrmülltermine
 - Den geplanten Neubauten der Universität im Friedrichspark stehen wir wohlwollend gegenüber und freuen uns auf die damit einhergehende Belebung des Friedrichsparks.
 - Die Gestaltungsrichtlinie Innenstadt (Bestuhlung, Sonnenschutzeinrichtungen und Werbeanlagen etc.) muss überarbeitet werden. Insbesondere müssen einige zu restriktive Regeln gestrichen oder weniger einschränkend gestaltet werden.
 - Parkzonen für Elektroroller müssen in der gesamten Innenstadt, nicht nur in Teilbereichen eingeführt werden, um das wilde Abstellen auf Radwegen und in Kreuzungsbereichen flächendeckend zu verhindern.
 - Installation versenkbarer Poller in den Seitenstraßen der Breiten Straße zur Beschränkung des Kfz-Verkehrs in der Fußgängerzone.

Teil C – Innenstadt

- Insbesondere auf der Breiten Straße muss die Reinigungsfrequenz erhöht und schäbiges Mobiliar ersetzt werden. Ebenso muss es ein weiteres Reinigungsintervall am Samstag in den Abendstunden geben.
- Für die Errichtung des Quartiersplatzes in T4/T5 fordern wir eine Beschleunigung der Baumaßnahmen.
- Wir fordern, die Videoüberwachung hinsichtlich ihres tatsächlichen Nutzens als Beweismittel vor Gericht und für das subjektive Sicherheitsempfinden zu überprüfen.
- Der Zugang zum Rhein und zur dortigen Schiffsanlegestelle vom Friedrichspark und von der Innenstadt aus muss durch eine bessere Beschilderung und Markierungen als Wegweiser auf dem Boden verbessert werden.
- Lückenschluss beim Radwegenetz, insbesondere durch weitere Einrichtung und bessere Vernetzung von Fahrradstraßen
- Einrichtung von Fahrradstraßen geben wir Vorrang gegenüber der Errichtung von Radwegen auf großen Hauptverkehrsstraßen – getrennte Verkehrsführung macht den Radverkehr sicherer (Vermeidung von Konfliktpunkten an Kreuzungen) und leichter vernetzbar.
- Park&Ride-Angebot vom Friedensplatz/Technosium aus als Dauerangebot prüfen, damit der Einkaufsverkehr in der Innenstadt und der Parkdruck abnimmt.
- Bau der neuen Stadtbibliothek vorantreiben. Ein modernes Raumkonzept bedarf auch modernster inhaltlicher und technischer Ausstattung.
- Beleuchtung des Marktplatzes und auf der Breiten Straße erneuern. Dabei muss auch das historische Rathaus am Marktplatz angemessen beleuchtet werden.
- Grillrauch-Problem, verursacht durch ansässige Grillrestaurants in der Unterstadt rund um den Marktplatz weiter mit Nachdruck verfolgen: Der bestehende Bebauungsplan alleine löst das Problem nicht, da oft Bestandsschutz gilt. Die Nachrüstung von Abgasbehandlungsanlagen muss für den Betrieb eines Grillrestaurants verpflichtend sein. Andernfalls ist der Betrieb zu untersagen.
- Fortsetzung der gemeinsamen Aktionen von Stadt und Polizei gegen Poser und Raser

- Technische Maßnahmen wie Lärmblitzer gegen Poser und Raser prüfen
- Wir unterstützen die Montessori-Schule in U2 in ihrem Bemühen um einen für alle Altersgruppen geeigneten Schulhof. Hierzu soll der bereits heute umzäunte Teilbereich des Herschelplatzes freundlicher und altersgerecht gestaltet, mit neuen Spielgeräten ausgestattet und nach Schulschluss vor Vandalismus geschützt werden. Heute vorhandene Tischtennisplatten und Geräte können außerhalb der Umzäunung aufgestellt werden. Der von der Umzäunung ausgehende Lärm muss verringert werden.
- Weiterer Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze sowie der Schulkinderbetreuung
- Endlich ein Gesamtnutzungskonzept für das Herschelbad erarbeiten und umsetzen, das den wirtschaftlichen Betrieb einerseits und den Erhalt mindestens einer Schwimmhalle des Bades für breite Schichten der Bevölkerung zu moderaten Preisen (ggf. mit Public-Private-Partnership) andererseits gewährleistet. Den Vorschriften des Denkmalschutzes und der historischen Anmutung des Gebäudes ist auch bei der Innensanierung Rechnung zu tragen.
- Entwicklungskonzept Innenstadt (EKI) und Masterplanung Blau_Mannheim_Blau (Ufer an Rhein und Neckar) reaktivieren
- lockere Steine im Pflaster auf den Planken schneller reparieren
- Nutzungskonzept für das nun denkmalgeschützte Stadthaus N1 entwickeln: Eine Nutzung als Rathaus mit Räumlichkeiten für den Gemeinderat und die Verwaltung, bei gleichzeitiger Aufgabe anderer für die Verwaltung angemieteter Gebäude können wir uns vorstellen. Sollte dieses Nutzungskonzept nicht möglich sein, fordern wir weiterhin den Abriss und einen historisierten Wiederaufbau des „Alten Kaufhauses“.
- Aufwertung des schäbigen Gebiets um das MVV-Hochhaus herum und an der Flus-sanlegestelle durch Beleuchtung, Angsträumvermeidung und Neckarufer ansprechend gestalten
- Die Unterführung unter dem Kurpfalzkreisel ist ein Angsträum und sollte rückgebaut werden.

Jungbusch

- Das Nachtleben im Hafenviertel Jungbusch und die Kreativwirtschaft sind elementarer Bestandteil der Mannheimer Kultur- und Kreativszene. Der Interessensausgleich zwischen Nachtleben, Kreativwirtschaft und Anwohner ist von hoher Bedeutung.
- Beratung der Gastronomie zu lärmindernden Maßnahmen
- Nacht- und Abendschicht des Ordnungsdienstes fortführen, ebenso das Silencer-Projekt des Quartiermanagements („Nachtschicht“)
- Umsetzung der geltenden Regeln und konsequente Sanktionierung bei Verstößen (Sperrstunde Außengastronomie, Nachtruhestörung, nächtliches Lautsprecherverbot und Unterbindung zu lauter Musikbeschallung durch Gastronomie)
- Aktive Unterstützung der städtischen Wirtschaftsförderung zur Ansiedlung von Geschäften und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (z.B. Lebensmittel, Drogerie, Apotheke und Hausärzte)
- Straßenbahn-Haltestelle Dalbergstraße durch bessere Beleuchtung, neuen Wandanstrich und regelmäßige Reinigung kurzfristig aufwerten; mittelfristig auf die RNV für eine grundlegende Modernisierung und einen barrierefreien Umbau einwirken
- Attraktivierung der südlich der Teufelsbrücke gelegenen Bereiche am Verbindungskanal und damit Entzerrung und Verlagerung der Outdoor-Partyszene nach Süden und in Bereiche ohne Störung der Bewohnerschaft
- Altkleider- und Glascontainer nicht in der Nähe von Schulen oder Spielplätzen aufstellen
- Aufstellung leicht zugänglicher Sammelbehälter für Einweg- und Mehrweggetränkeflaschen, damit diese für Flaschensammler nicht mehr auf die Straße gestellt werden müssen und kaputtgetreten werden können
- Installation versenkbarer Poller zur Beschränkung des Kfz-Verkehrs in der Fußgängerzone Beilstraße
- Mehr Bildungsangebote und Verbesserung von Integrationsangeboten für Zuwanderer aus Südosteuropa, verstärkte Kontrollen gegen Mietwucher

- Sauberkeit durch den vermehrten Einsatz von Reinigungsmaschinen weiter erhöhen
- Angsträume beseitigen (z.B. durch eine bessere Beleuchtung)
- Parkraumkonzept entwickeln und Parkraumbewirtschaftung mit einem deutlichen Fokus auf Anwohnerparken einführen
- Dialog mit der Hafengesellschaft zwecks Bereitstellung von Parkflächen für Jungbusch-Besucher jenseits des Verbindungskanals
- Dialog mit der DB und der S-Bahn Rhein-Neckar zwecks Aufwertung des Bahnhofs Handelshafen zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots
- Kunst- und Kultureinrichtungen als Integrationsförderer weiter unterstützen

Käfertal

- Marie-Bernays-Platz aktivieren, die ursprüngliche Parkregelung wiederherstellen und Schulweg sicherer machen
- Platzkonzept am Habicht-Platz überarbeiten
- Straßensanierung dringend vorantreiben, v.a. auch in der Neustadter Str.
- Eine neue weiterführende Schule in Käfertal-Süd muss eine bessere ÖPNV-Anbindung zur Folge haben.
- Rampen für Fahrradfahrer bei der Unterführung der Riedbahn (Käfertaler Str./Mannheimer Str.) einrichten
- Verkehrsführung auch für Fußgänger und Fahrradfahrer während der BBC-Brückensanierung sicherstellen
- Die Umgestaltung der B38 zur Stadtstraße weiter vorantreiben
- Park&Ride-Parkplatz im Zuge des Umbaus der B38 vorsehen
- Wir begrüßen die Erweiterung des Bahnhofs Käfertal und den schnellstmöglichen Anschluss der Franklin-Strassenbahn
- Käfertal-Süd/Spinelli an Straßenbahn anbinden
- Anzahl der Kita-Plätze erhöhen
- Eine Turnhalle für die Spinelli-Grundschule ermöglichen
- Nachversorgung im wachsenden Stadtteil Käfertal-Süd/Spinelli sicherstellen
- Einen barrierefreien Seniorentreff einrichten
- Konversion Spinelli mit Herstellung des Frischluftkorri-

Teil C – Lindenhof

- dors und Grünzug Nordost auch nach der BUGA im offenen Prozess entwickeln
- Ortskern Käfertal als lebendiges Stadtteilzentrum erhalten (d.h. Zentrenkonzept einhalten und die Attraktivität Alt-Käfertals erhöhen)
- Parkplätze nicht weiter reduzieren und Alternativen zum Gehwegparkverbot prüfen

Lindenhof

- Wiederaufbau einer öffentlichen Toilettenanlage am Bellenkrappen und am Meeräckerplatz
- Optimierung des fließenden Verkehrs in der Rheinaustraße
- Einhaltung des Zentrenkonzepts
- Verbesserung der Beleuchtung der Meerfeldstraße

- Bahngleis-Querung zwischen Lindenhof und Schwetzingenstadt verbessern (Posttunnel in Kooperation mit der Bahn sanieren und öffnen)
- Sanierung und weitestgehende Offenhaltung der Tunnelstraße („Suezkanal“) im Rahmen der Umbauarbeiten der Deutschen Bahn AG für Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer als zweispurig nutzbare und sanierte Straße
- Wir unterstützen die Pläne der MVV Energie AG zur Dekarbonisierung der Fernwärme (z.B. mittels Geothermie).
- Realisierung der geplanten Neugestaltung der Kreuzung Waldparkdamm, Schwarzwaldstraße und Donnersbergstraße
- Erneuerung der Fahrbahndecke des Waldparkdamms im Zusammenhang mit der

Neugestaltung der Kreuzung Waldparkdamm, Schwarzwaldstraße und Donnersbergstraße

- Wiederbelebung des westlichen Fußgängerweges des Waldparkdamms für Fußgänger
- Die Sanierung des Rhein-Hochwasserschutzdamms muss unter Einbringung einer durchgehenden Hochwasserschutzwand (Spundwand) erfolgen, die die geplanten massenhaften Baumfällungen vor, auf und hinter dem Damm in dem Landschaftsschutzgebiet Waldpark weitgehend hinfällig machen.
- Weiterer Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, einschließlich Schulkinderbetreuung
- Parkplätze nicht weiter reduzieren und Alternativen zum Gehwegparkverbot prüfen

- Umnutzung des bisherigen Betriebshofs auf den Rheinterrassen für den Bau einer Kinderbetreuungseinrichtung

Luzenberg

- Entwicklung der Spiegelfabrikgeländes zu einer Mischung aus Wohn- und Gewerbegebiet bei weitgehender Erhaltung des „Waldes“. Der Fokus der FDP liegt jedoch auf der weiteren gewerblichen Nutzung des Geländes.
- Mobile Jugendarbeit dauerhaft sichern und einen festen Jugendtreff prüfen
- Sicherheit und Sauberkeit erhöhen
- Subjektive Angsträume durch mehr Licht abbauen

Neckarau

- Hochwasserschutz optimieren und Baumbestand bei der Sanierung des Rhein-Hochwasserdamms erhalten
- Umfassendes Verkehrsleitkonzept ab Steubenstraße / Rheingoldstraße (mit elektronischen Hinweisschildern)
- Prüfung, ob Tempo 70 in der Rhenaniastraße möglich ist
- Nötige Mehrheiten für die dritte Rheinquerung organisieren
- Weitere Installation von Hundetütenautomaten an sinnvollen Stellen (d.h. Feldwege in der Au, Marktplatz, Rheingoldplatz, Waldpark, Freiheitsplatz und August-Bebel-Park) und häufigere Leerung von öffentlichen Mülleimern

- Barrierefreier Zugang zum Rathaus Neckarau
- Kein allgemeines Tempo 30, sondern dort, wo es die Sicherheit gebietet
- Realisierung des Kompaktbahnhofs Neckarau an der Friedrichstraße zur besseren Anbindung der Straßenbahn an die S-Bahn
- Verbesserung der Zubringerwege für den Fußgänger- und Radverkehr im Waldpark in Richtung Strandbad
- Umsetzung des Spielplatzkonzeptes inkl. Barrierefreiheit
- Sicherung von Grünstrukturen durch Bebauungspläne, aber Nachverdichtung weiterhin ermöglichen
- Erhalt und Pflege des Waldparks als Naherholungsgebiet (inkl. des angrenzenden Aufelds)

Teil C – Neckarstadt-Ost

- Mehr KiTa-Plätze schaffen! Neckarau ist besonders schlecht mit Plätzen versorgt, da einige Projekte von freien Trägern abgebrochen wurden.
- Planungsmittel für die Sanierung des Marktplatzes einstellen
- Niederbrücklplatz gemeinsam mit bestehenden Nutzern weiterentwickeln (Lokale Agenda, „Das Brückl“, IG Neckarauer Vereine, Tennis-Club, Anwohner und weitere)
- Parkplätze nicht weiter reduzieren und Alternativen zum Gehwegparkverbot prüfen

Neckarstadt-Ost

- Attraktivität des Alten Mes-splatzes als Treffpunkt für die Bewohner der anliegenden Stadtteile ausbauen (z.B.

durch das Angebot inter-essanter Veranstaltungen, die Reaktivierung der Gas-tronomie im Platzhaus oder die Unterstützung gestalteri-scher Ideen)

- Den Einzelhandel und die Gastronomie in der Lange Rötterstraße durch gute Erreichbarkeit und attraktive Umfeldgestaltung unterstützen
- Entsiegelungs-, Begrünungs- und Baumschutzmaßnahmen anstoßen und unterstützen, damit der Aufheizung des Stadtteils in den Hitzeperioden zum Schutz der Menschen etwas entgegen-gesetzt wird
- Zugang zum Neckar attrakti- ver gestalten
- Anstoßen, dass die Plät- ze und die Arkaden der Neckarpromenade in einem adäquaten Zustand versetzt werden

- Sowohl Gebäude als auch Einrichtung der Berufsschu- len weiter sanieren und Aus- stattung modernisieren
- Rotblitzer an den Ampeln in der Käfertalerstraße und an der Mittelstraße (Alter Mes- splatz Nord) installieren

Neckarstadt-West

- Die Stadtsanierung (LOS) muss weitergeführt werden.
- Wir unterstützen die ökologi- schere Gestaltung der Neck- arufers und die deutliche Erhöhung des Freizeitwertes des Neckarvorlandes.
- Wir unterstützen das Ankauf- programm der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBG als Stabilisierungsmaße für den Wohnungsmarkt.
- Die Neckarstadt braucht mehr öffentlichen Parkraum.

- Der Neue Messplatz muss in seiner Funktion als große Veranstaltungsfläche erhalten bleiben. Die Neugestaltung mit einer Baumallee quer über den Platz lehnen wir daher ab.
- Wir unterstützen die Pläne zur Ansiedlung einer kleinen Feuerwache auf den Brachflächen der Untermühlaustraße.
- Wir begrüßen den Bau des Forum Deutsche Sprache und die damit verbundene Aufwertung des Neckarzugangs sowie den zusätzlichen Raum für Begegnung, Mehrsprachigkeit und kulturelle Angebote.
- Das Zwischennutzungsprojekt ALTER am Alten Messplatz trägt maßgeblich zur Stadtentwicklung bei. Wir möchten die Fortführung des Projekts finanziell fördern.

Neuhermsheim

- Lärmschutz entlang der Riebbahnstrecke verbessern
- Verschärfung der Parkkontrollen an den Nutzungstagen der SAP-Arena zur Entlastung der Anwohner
- Verbesserung der Sauberkeit bei den Baumscheiben, den Grünanlagen und auf Plätzen (z.B. Gerd-Dehof-Platz)
- Ausbau von Carsharing-Angeboten (z.B. auf dem Gerd-Dehof-Platz)
- Errichtung einer Hundewiese (z.B. im Bereich des Gleisdreieckes vor der Grundschule oder hinten Richtung SAP-Arena hinaus)
- Zügige Umsetzung des entwickelten Neubaukonzepts für den Jugendtreff Neuhermsheim

Neuostheim

- Schaffung hochwertigen Wohnraumes
- Lärmschutz entlang der Riebbahnstrecke verbessern
- Nahversorgung (z.B. Fachgeschäfte) verbessern
- Konzept zur Aufwertung des Luisenparks

Oststadt

- Architektonischen Charakter des Stadtteils erhalten
- Neugestaltung des Verkehrsknotenpunkts an der Haltestelle Theresien-Krankenhaus
- Verbesserte Schulhofgestaltung im Lessing-Gymnasium mit der Möglichkeit, den Unteren Luisenpark als Pausenhof zu benutzen

Teil C – Rheinau

- Gesamtnutzungskonzept für Schwetzingener Straße unter Berücksichtigung des fließenden und ruhenden Verkehrs
- Generalsanierung Nationaltheater kontinuierlich angehen und Kostenplan einhalten
- Die Chancen der Umgestaltung des Technischen Rathauses am Collini-Center zur besseren Anbindung des Cahn-Garnier-Ufers und des Hans-Böckler-Platzes an den Neckar ermöglichen; Umlenkung des Verkehrs weg von der Uferstraße durch die Hans-Böckler-Straße zurück auf den Ring
- Familienfreundliche Entwicklung des Luisenparks und konstruktive Begleitung des Parkentwicklungskonzepts:
 - Hier soll auch in Zukunft die Möglichkeit verblei-

ben, an dem Kiosk bei der Freizeithalle günstig Getränke zu erwerben.

- Ausreichendes Spielplatzangebot für Kinder jeden Alters
- Ausreichende Kinderkrippen und Kindergartenbetreuung für alle Familien sicherstellen
- Parkplätze nicht weiter reduzieren und Alternativen zum Gehwegparkverbot prüfen

Rheinau

- Sicherheit und Sauberkeit am Rheinauer See durchsetzen
- Konzept für einen sicheren Radfahrweg von Rheinau-Süd nach Neckarau und Innenstadt, z.B. über die Rhenaniastraße
- Nahverkehrsverbindungen (VRN, Bahnbus, Deutsche

Bahn, ...) und Taktungen verbessern: Rheinau, Rheinau-Süd nach Schwetzingen, Brühl/Ketsch, Seckenheim und Friedrichsfeld

- Öffentliche Verleihstationen für VRNnextbike in Casterfeld, Rheinau, Rheinau-Süd und Brühl schaffen
- Trinkwasserbrunnen auf den Marktplätzen in Rheinau-Süd und Rheinau installieren und betreiben
- Sitzbänke als Treffpunkt aller Generationen für Rheinau-Süd und Rheinau installieren und betreiben (z.B. Lüderitzstraße), in Zusammenarbeit mit dem Bezirksbeirat
- Entscheidung über die Zukunft des Altes Relaishauses herbeiführen
- Den barrierefreien Umbau des Karlsplatzes nicht weiter verzögern

- Verkehrsberuhigung an kath. KiTa St. Johannes Frobeniusstraße sowie an der Rheinau-Grundschule umsetzen
- Wir freuen uns auf den Bau des Mehrgenerationenspielplatz Rheinau.

Sandhofen

- Konsequente Umsetzung des Zentrenkonzeptes zur Sicherung der wohnortnahen Versorgung
- Hortplatzangebot erweitern
- Die Konversion auf Coleman bietet Chance auf einen attraktiveren Stadteingang im Norden, auf mehr Freizeit- und Lebensqualität und auf neue Gewerbeansiedlung. Durch Aussiedlungen aus dem Hafen 1 könnten dort attraktive Flächen frei werden. Zudem muss für Coleman ein Mischkonzept

erstellt werden, um auf der großen Fläche Wohnraum, Gewerbe und Grün- bzw. Sportflächen gemeinsam anzusiedeln.

- Die Kommunale Wärmeplanung muss wirtschaftliche Lösungen auch für Sandhofen anbieten.
- Sandhofen braucht dringend eine neue Sporthalle. Wir unterstützen die Pläne des SKV Sandhofen zum Bau einer Sporthalle. Außerdem unterstützen wird die Planungen des SV Sandhofen für einen neuen Sport- und Fußballplatz.

Scharhof

- Neue Chancen für Stadtentwicklung durch Konversion von Coleman nutzen

Schönau

- Weiterführung des Wohnungsanierungsprogrammes der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GBG
- Lärmschutz an der Riedbahn verbessern
- Sanierung des Stadtteilzentrums weiter vorantreiben
- Zentrenkonzept konsequent umsetzen
- Sauberkeit der Spielplätze sicherstellen

Schwetzingenstadt

- Maßnahmen zur Beruhigung der angespannten Parksituation in den Abendstunden und rund um die Pestalozzischule sind erforderlich.

- Gesamtnutzungskonzept für Schwetzinger Straße unter Berücksichtigung des fließenden und ruhenden Verkehrs
- Bestehende Angebote für Jugendliche weiter stärken
- Modernisierung und Betreuung der Spielplätze
- Lärmbelastung durch Austausch des Pflasters durch Asphalt reduzieren, z.B. im Zuge anstehender Schienensanierungsmaßnahmen
- Ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Familien sicherstellen
- Parkplätze nicht weiter reduzieren und Alternativen zum Gehwegparkverbot prüfen

Seckenheim

- Orte für ein Vereinshaus prüfen (z.B. gleichzeitige Nachnutzung des Hallenschwimmbads als Mensa der Ganztagschule und als Vereinsheim)
- Wir unterstützen die langjährigen Bemühungen der TSG Seckenheim, auf dem Gelände der Stem-Kaserne eine Sportanlage mit ausreichender Fläche zu errichten.
- Fahrradweg am Neckar verbessern und verbreitern
- Fahrradwegekonzept für Seckenheim und Anbindung an die Nachbarstadtteile bzw. Orte
- Mehr KiTa- und Krippenplätze schaffen (insbesondere bei den Neubaugebieten Hammonds und Otto-Bauer-Anlage) und bestehende
- Angebote für Bauvorhaben prüfen
- Parkplätze nicht weiter reduzieren und Alternativen zum Gehwegparkverbot prüfen
- Öffentliche Schnelladestationen für Elektromobilität ausbauen
- Auf Änderungen in der Denkmalschutzverordnung hinwirken, um mehr Photovoltaikanlagen auch auf denkmalgeschützten Gebäuden zu erlauben
- Freiburger Straße als Einbahnstraße testen
- Ausbau der VRNnextbike-Stationen weiter unterstützen
- Wir begrüßen den Neubau der Neckarbrücke L597 in Richtung Ladenburg und fordern eine zügige Umsetzung durch das Regierungspräsidium.

Straßenheim

- Bessere Busverbindung nach Straßenheim

Vogelstang

- Zügige Umsetzung des entwickelten Neubaukonzepts zum Schulstandort Geschwister- Scholl-Schule und Stadtteilbibliothek erhalten
- Sauberkeit und ordnungsgemäßes Parken am Vogelstangsee durchsetzen
- Wir fordern, den Seniorentreff Vogelstang zeitnah umzusetzen.
- Einrichtung eines seniorengerechten Beckeneinstiegs im Vogelstangschwimmbad
- Wir fordern eine Radwegverbindung vom Franklin-Steg zum Einkaufszentrum Vogelstang.

Waldhof

- Wir begrüßen die überarbeiten Sanierungspläne für den Speckweg mit einer verbesserten Begrünung, der Verbesserung der Radwege und unter Erhalt fast aller Parkflächen.
- Lösung der Parkproblematik Nähe Speckweg

Wallstadt

- Einbeziehung in den Grünzug Nordost
- Verbesserung der Schulkinderbetreuung
- Den öffentlichen Weg zum Jugendtreff von Seiten des Reiterhofs und den Parkplatz besser beleuchten, Angsträume verhindern
- Barrierefreiheit mit Pollern oder Leitplanken sicherstellen

- Wir fordern ein Kultur- und Sportzentrum Wallstadt, in das die Freiwillige Feuerwehr integriert werden kann. Die Bürgerinitiative sollte von Anfang an in die Planung bzw. in die Vergabeverhandlungen einbezogen werden. Die DJK-Halle muss zudem bis zur Neubaufertigstellung für die Vereine erhalten bleiben.
- Bewegliche Poller an der Ecke Schulzen/Mosbacherstraße ermöglichen, um Anlieferungen oder die Durchführung der Wallstadter Kerwe zu vereinfachen

Wohlgelegen

Siehe Herzogenried

Das Kommunalwahlprogramm wurde am 3. Februar 2024
durch Beschluss der Mitgliederversammlung angenommen.

Der hier abgedruckte Text entspricht der redaktionellen Endfassung vom 26. Februar 2024.

Layout und Satz: April 2024

Für gute Politik in Mannheim brauchen wir Ihre Unterstützung!

Spenden nehmen wir gegen Spendenbeleg gerne an:

FDP Kreisverband Mannheim
IBAN DE57 6709 0000 0005 0257 02
BIC GENODE61MA2
VR Bank Rhein-Neckar eG

FDP Kreisverband Mannheim

Postfach 120435, 68055 Mannheim
info@fdp-mannheim.de

Facebook: FDP Mannheim
Instagram: @fdp_mannheim
Twitter: @fdpmannheim

www.fdp-mannheim.de

Freie Demokraten

Mannheim **FDP**



www.fdp-mannheim.de